

# E+Z

ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT  
DEVELOPMENT  
AND COOPERATION

E+Z  
D+C

Internationale  
Zeitschrift

Monatliches e-Paper

Januar 2016

**Frauen**  
Kampf gegen  
Genitalverstümmelung  
in Burkina Faso

**Textilindustrie**  
Wegen höherer Löhne  
gehen in Bangladesch  
mehr Mädchen arbeiten

**Internationale NGOs**  
Zivilgesellschaftliche  
Akteure stellen sich  
neuen Aufgaben



**Unverzichtbare  
Schulen**

## Schwerpunkt: Unverzichtbare Schulen

### „Zehn Übungsbücher für 50 Schüler“

Sierra Leone hat Fortschritte dabei gemacht, vielen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Es bleibt aber noch viel zu tun. Das Bildungswesen braucht mehr Mittel, wie der Journalist **Fidelis Adele** ausführte. [Seite 14](#)

### Weiter auf der Agenda

Das UN-Millenniumsziel 2 (MDG2) war, bis 2015 allen Kindern Zugang zur Grundschule zu verschaffen. Das ist zwar nicht komplett erfüllt worden, aber es hat bemerkenswerte Fortschritte gegeben. Aus Sicht der UN sowie der Bundesregierung muss noch mehr geschehen, schreibt **Niels Breyer** vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). [Seite 16](#)

### Bildung für alle

Im Ng'ombe Township in der sambischen Hauptstadt Lusaka können viele Kinder nicht einmal die Grundschule besuchen, weil ihre Eltern die Gebühren nicht bezahlen können und weil es zu wenige staatliche Schulen gibt. **Frank Masanta Jr.** hat eine Schule gegründet, die fast kostenlosen Unterricht ermöglicht. Sein Beitrag erläutert das Konzept und die Schwierigkeiten der Sun-spring Charity School. [Seite 17](#)

### Bilinguale Bildung

Lateinamerika leidet bis heute an den Folgen des Kolonialismus, so auch in der Sprachenpolitik. Der indigenen Bevölkerung wurden Sprache und Kultur genommen, ihre Kinder konnten aber dem spanischsprachigen Unterricht oft nicht folgen. Die freien Journalisten **Linda Vierecke** und **Christoph Peters** berichten über Bolivien's modernen Ansatz zweisprachiger Schulen. [Seite 20](#)

### Mehr als heilige Schriften

Muslimische Eltern im Libanon, die Wert auf religiöse Erziehung legen, schicken ihre Kinder zum Koranunterricht in private Vereine oder in Moscheen. Die Journalistin **Mona Naggar** erörtert die Lage. [Seite 23](#)

### Partnerschaft mit palästinensischer Schule

Internationale Schulpartnerschaften sind in Deutschland besonders in der Sekundarstufe beliebt. Eine Kölner Grundschule hat aber auch mit jüngeren Schülern den Austausch gewagt – und Bethlehem in Palästina war das Ziel. Mit der dortigen Partnerschule bestand zuvor schon über zehn Jahre lang Kontakt. Schulleiter **Martin Verfürth** erinnert sich. [Seite 26](#)

## Editorial

# Für eine bessere Zukunft

➔ Nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Nahrung, ein Dach über dem Kopf und menschliche Zuwendung gehört Primarschulbildung zu den wichtigsten Dingen im Leben. Lesen und Schreiben, die einfachen Rechenarten und – ganz grundlegend – die Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, sind Voraussetzungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung ist ein Menschenrecht. Es ist außerdem ein wichtiger Schlüssel für Entwicklung.

Rund 57 bis 58 Millionen Kindern im Grundschulalter ist dieses Recht verwehrt. Die meisten leben in Afrika, und es sind mehr Mädchen als Jungen darunter. Die Dauer des Schulbesuchs ist ebenfalls ein Problem: In Afrika südlich der Sahara beenden nur 56 Prozent der Kinder die Grundschule.

Es hat sich bereits sehr viel getan. Heute gehen rund 90 Prozent aller Kinder weltweit zumindest eine Zeitlang zur Grundschule. Aber das ist nicht genug. Mit dem Millennium Development Goal 2 hatten sich die UN das Ziel gesetzt, bis 2015 Primarschulbildung für alle zu erreichen. Es wurde verfehlt und taucht nun auf der Agenda 2030 der Sustainable Development Goals (SDGs) wieder auf, die die UN in diesem Jahr verabschiedet haben. Laut SDG4 soll nun bis 2030 Primar- und Sekundarbildung für alle erreicht werden.

Dazu muss der Grundschulbesuch überall verpflichtend und kostenlos sein. Wobei kostenlos nicht nur bedeutet, dass keine Schulgebühren erhoben werden. Auch Aufwendungen für Bücher, Schuluniformen und den Transport der Kinder überfordern viele arme Familien. „Trinkgelder“ für Lehrer oder „Extragebühren“ für Prüfungen müssen abgeschafft werden. Stattdessen sollten Lehrer gut bezahlt, gut behandelt und gut ausgebildet werden.

Viele Kinder gehen schlicht deshalb nicht zur Schule, weil es bei ihnen keine gibt. Das kommt vor allem in sehr abgelegenen Gebieten mit schlechter Infrastruktur vor. Wenn es dort überhaupt Schulen gibt, sind sie oft schlecht ausgestattet. In der Agenda 2030 kommt aus gutem Grund der Aspekt der Qualität der Bildung hinzu. Es reicht nicht, dass irgendeine Art von Schule da ist. Regierungen müssen vernünftige Schulen bauen, gute und genügend Lehrer beschäftigen und angemessene Lehrmaterialien zur Verfügung stellen.

Wenn die öffentlichen Schulen schlecht sind, schicken bessergestellte Familien ihre Kinder in Privatschulen. Diese Tendenz ist in vielen Entwicklungsländern zu beobachten. Mancherorts haben nur Absolventen teurer Privatschulen die Möglichkeit, eine gute Universität zu besuchen – oder überhaupt in den Genuss einer Hochschulbildung zu gelangen. Die Folge ist ein Zwei-Klassen-System, das armen Kindern jede Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt.

Auch Sprache kann eine Hürde darstellen. In Ländern, in denen mehrere Sprachen gesprochen werden, ist die Unterrichtssprache nicht unbedingt die Muttersprache der Schülerinnen und Schüler. Das macht das Lernen deutlich schwieriger. Zudem wird die Unterrichtssprache oft als Teil einer anderen Kultur oder eines unterdrückenden Systems wahrgenommen, dem Eltern ihre Kinder nicht gerne anvertrauen.

In vielen Gesellschaften ist die Wertschätzung für Kinder gering. Es ist aber ein großer Fehler, sie nicht wichtig zu nehmen und auf ihre Kosten zu sparen. Kinder sind die Zukunft, und eine gute Zukunft braucht eine starke Basis. Gute Bildung ist dafür unverzichtbar. ←



**Katja Dombrowski**  
ist Redakteurin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit /  
D+C Development and Cooperation.  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

**Monitor:**

Ruf nach Demokratie in Tunesien / Versagen der internationalen Gemeinschaft in der Zentralafrikanischen Republik / Gewalt gegen Frauen in Krisengebieten / Wissenschaftler analysieren organisierte Gewalt / HIV-Neuinfektionen stark rückläufig / Hoffnung auf politische Stabilität in Burkina Faso / Human Development Report / Heutzutage: Delhi Queer Pride March / Impressum 4

**Schwerpunkt: Unverzichtbare Schulen**

*Fidelis Adele:*  
Weshalb in Sierra Leone noch nicht alle Kinder zur Grundschule gehen 14

*Niels Breyer:*  
Bildung bleibt auf der UN-Agenda 16

*Frank Masanta Jr.:*  
Sun-spring Charity School ermöglicht Kindern in Armenviertel Lusakas den Schulbesuch 17

*Linda Vierecke und Christoph Peters:*  
Zweisprachiger Unterricht sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bolivien 20

*Mona Naggar:*  
Koranschulen übernehmen im Libanon religiöse Bildung für Kinder und Jugendliche 23

*Martin Verfürth:*  
Ungewöhnliche Grundschulpartnerschaft Köln–Bethlehem 26

*Pierre Tulowitzki und Alexander Erich:*  
Evaluierung von GIZ-Projekten im Bildungsbereich 29

**Tribüne**

*Interview mit Rakieta Poyga:*  
Die zivilgesellschaftliche Organisation Bangr Nooma kämpft in Burkina Faso gegen weibliche Genitalverstümmelung 30

*Niaz Asadullah und Zaki Wahhaj:*  
Vor- und Nachteile des gestiegenen Mindestlohns in Bangladeschs Textilfabriken 32

*Romina Ranke:*  
Rollenverständnis internationaler NGOs im Wandel 36

*Hans Dembowski:*  
Weshalb manche multinationale Unternehmen aus Schwellenländern schnell wachsen konnten 38

**Debatte**

Kommentare zum Globalen Forum für Migration und Entwicklung, zur Frage, was eine Nation groß macht, zur Präsidentschaftswahl in Argentinien und zum Pariser Weltklimagipfel 40

**Tribüne**



AP photo/picture-alliance

**Brutale Tradition**

In Burkina Faso sind immer noch fast vier von fünf Frauen beschnitten, obwohl die Genitalverstümmelung dort 1996 verboten wurde. Die zivilgesellschaftliche Organisation Bangr Nooma kämpft vor allem durch Aufklärung gegen die brutale Tradition. Warum staatliche Interventionen nicht ausreichen, erklärt **Rakieta Poyga**, die Gründerin von Bangr Nooma, im Interview. [Seite 30](#)

**Schattenseite höherer Löhne**

Durch den gestiegenen Mindestlohn für Näherinnen in Bangladesch verbessert sich die wirtschaftliche Situation vieler Frauen. Mädchen werden nun aber oft eher in die Arbeit statt in die Schule geschickt, erläutern die Wissenschaftler **Niaz Asadullah** und **Zaki Wahhaj** die Schattenseite. [Seite 32](#)

**Debatte**



Anton Veitzhayn/picture-alliance/dpa

**Wechsel mit Signalwirkung**

Die Argentinier haben den Konservativen Mauricio Macri zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Es war das erste Mal, dass rechte Kräfte durch Wahlen an die Macht kamen – ein gutes Zeichen für die Demokratie, meint **Sheila Mysorekar** von E+Z/D+C. [Seite 42](#)

# Noch ein weiter Weg

**Tunesien scheint das einzige Land zu sein, in dem der so genannte arabische Frühling 2011 Erfolg brachte. Es gilt als die einzige echte Demokratie in der arabischen Welt, hat aber mit massiven Problemen zu kämpfen.**

➔ Das tunesische Quartett für den nationalen Dialog, das Aktivisten, Rechtsanwälte, Gewerkschaftsführer und Unternehmer umfasst, hat den diesjährigen Friedensnobelpreis im Oktober bekommen. Es hat mitgeholfen, eine neue Verfassung zu schreiben und zu verabschieden. Diese hat zu einer demokratisch gewählten Regierung geführt und einen Bürgerkrieg oder Militärputschs wie in Libyen, Syrien, Jemen oder Ägypten verhindert.

Viele junge Leute, die damals mitdemonstrierten, haben dies in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, Reformen und das Ende von politischer Unterdrückung getan. Aber nun herrscht „großer Frust über die Ergebnisse des arabischen Frühlings, der zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung“ führen sollte, sagt Nabila Hamza, eine tunesische Frauenrechtlerin und frühere Vorsitzende der zivilgesellschaftlichen Foundation for the Future.

Hamza spricht von wachsendem „Zweifel und Hoffnungslosigkeit“ in Bezug auf die Terrormiliz ISIS, die in anderen arabischen Ländern wütet, und von einer Angst vor Terrorismus in Tunesien. Ihr Land muss zudem mit einem Zustrom von Flüchtlingen klarkommen. Tunesien, das selbst 11 Millionen Einwohner hat, nahm bereits eine Million Flüchtlinge aus Libyen auf, erklärt Hamza.

Die Frauenrechtlerin erläutert, dass viele Menschen befürchteten, dass die soziale Stabilität, die als Hauptpfeiler der Demokratiebewegung betrachtet wird, dadurch ins Wanken kommen könnte. Anders als andere Länder in der Region ist Tunesien nicht von sektiererischen Kämpfen heimgesucht, und es hat eine große, moderne und relativ gebildete Mittelschicht. Bevor die neue Verfassung verabschiedet wurde, gelang es dem nationalen

Dialog einen Konsens auszuhandeln, der die politische Krise zwischen der Regierung, die von einer tunesischen Version der Muslimbrüder geführt wurde, und ihrer säkularen Opposition beendete.

Dennoch sorgen sich die Tunesier über den Einfluss destabilisierender Kräfte. Viele fürchten laut Hamza, dass die Regierungen von Saudi-Arabien, Katar, Iran und der Türkei religiösen Zwist in der ganzen MENA-Region schüren. Die Frauenrechtlerin beteiligte sich im Dezember an einer Veranstaltung in Berlin, die vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) organisiert worden war.

Hamza fordert von den westlichen Staaten mehr Unterstützung für Länder der MENA-Region, die den demokratischen Pfad eingeschlagen haben. Tunesien braucht dringend Investitionen und Strukturereformen, um die Wirtschaft zu modernisieren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2014 nur um 2,8 Prozent, das war weniger als die von der neuen Regierung vorhergesagten 4 Prozent. Dennoch war das noch besser als der Abschwung, der der Revolution 2011 folgte. Doch ist Tunesien stark von seinen Handelspartnern abhängig – besonders von Europa, das allerdings eigene Wirtschaftsprobleme hat.

„Einem Land wie Tunesien wird kaum geholfen, obwohl es so viel auf dem Weg

zur Demokratie erreicht hat – und das trotz der Probleme der Region und der schwierigen wirtschaftlichen Situation“, beklagt Hamza.

Sie lobt Deutschland für sein Engagement für Tunesien, für das es ein wichtiger Partner sei. Dennoch müssen die Menschen eine ökonomische Dividende erhalten, meint sie. Denn es könnte zu Unruhen führen, wenn bei den Leuten Frust über einen zu langsamen Wandel aufkomme.

## Nötige Unterstützung

Gabriele Groneberg, sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und MENA-Expertin, meint, dass wirtschaftliche Unsicherheit die Tür für Terrorismus öffnen könnte: „Wir müssen die Tunesier bei der Ausbildung und mit Wirtschaftskontakten unterstützen, so dass Unternehmen kooperieren können.“ Ihrer Meinung nach sollte Deutschland auch den Gesundheitssektor und die Zivilgesellschaft stärken.

Manche meinen, dass Lehren aus den „samtenen Revolutionen“ in Osteuropa gezogen werden sollten. Silvia von Steinsdorff von der Berliner Humboldt Universität nennt einige Schlüsselfaktoren, die den demokratischen Wandel in diesen Ländern zum Erfolg führten. Dazu gehören eine homogene Gesellschaft, ein



Feierlichkeit in Tunis 2013 zum zweiten Jahrestag der Aufstände, die den Langzeitdiktator Zine El Abidine Ben Ali zu Fall brachten.

starker Konsens der Eliten oder zumindest ein Wille zum Kompromiss.

In ihren Augen war ein anderer wichtiger Anreiz zum Erfolg, die Aussicht auf einen Beitritt zur Europäischen Union (EU), nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war. Dieses Ziel schien vielen Osteuropäern attraktiv. Die EU-Mitgliedschaft war nur durch eine erfolgreiche Transformation hin zu freien Wahlen und einer marktorientierten Wirtschaftspolitik möglich.

Entscheidend ist auch, dass die osteuropäische Demokratiebewegung vor dem 11. September 2001 und somit in einem ganz anderen geopolitischen Kontext stattfand, betont Steinsdorff. Religion spielte in postkommunistischen Ländern praktische keine Rolle.

Hamza meint, dass EU-Unterstützung – ob symbolisch oder finanziell – entscheidend für den Erfolg osteuropäischer

Staaten war. Sie bedauert, dass Demokratiebewegungen in der MENA-Region diesen Rückhalt nicht bekämen: Osteuropa bekam immer eine „große Unterstützung von Europa, von der NATO und von den USA“, sagt sie, aber „die internationale Situation war immer sehr ungünstig für die arabische Welt“.

Viele Menschen in der Region zweifeln jetzt am Engagement der westlichen Mächte für ihre Belange, erklärt Hamza. Ihrer Aussage nach glauben sogar manche, dass die Aufstände ein Produkt westlicher Verschwörung waren, ebenso wie ISIS. „Es gibt viele Leute, die glauben, dass der Westen wirtschaftliche Interessen hat, aber kein Interesse an demokratischem Wandel“, erklärt Hamza.

Verschwörungstheorien florieren in einer Region, die seit Jahrhunderten unter autoritärer Herrschaft leidet. Außerdem wissen Experten, dass Unmut über die Kolonialzeit noch immer die Ansicht der

Menschen prägt und dass beispielsweise Ägyptens Muslimbrüder die heiligen Schriften ursprünglich mit einer antiimperialistischen Geisteshaltung studierten. Im Gegensatz dazu fühlen sich Europäer nicht mehr für die früheren Kolonien ihrer Länder verantwortlich. Was Europäer und Menschen aus der MENA-Region über ihre gemeinsame Geschichte wissen, unterscheidet sich grundlegend. Vielen Europäern ist nicht klar, dass die westliche Rhetorik von Menschenrechten und Demokratie in den Ohren vieler Araber hohl klingt.

Hamzas Ansicht nach waren die Bewegungen des arabischen Frühlings richtig, trotz allem, was passiert ist. Sie schätzt den „Hoffnungsschimmer“. Sie findet, dass die Straße zeitweise gewonnen hat und die Zivilgesellschaft „eine Mauer des Schweigens“ gebrochen hat. Sie resümiert: „Es war richtig zu revoltieren, aber wir haben noch immer einen langen, steinigen Weg vor uns.“  
*Ellen Thalman*

## Meldung

### Vielversprechender Neuanfang

Nach politischen Unruhen und nur drei Monate nach einem vereitelten Militärputsch gibt es in Burkina Faso einen neuen, demokratisch gewählten Präsidenten: Der Oppositionspolitiker und ehemalige Ministerpräsident Roch Marc Christian Kaboré hatte bei der Wahl Ende November 53,5 Prozent der Stimmen bekommen. Viele Beobachter waren überrascht, dass Kaboré bereits im ersten Durchgang eine Mehrheit erreichte; es war mit einer Stichwahl gerechnet worden. Sein schärfster Gegner, der ehemalige Finanzminister Zephirin Diabré, kam auf 29,6 Prozent der Stimmen und akzeptierte die Niederlage sofort.

Die Wahl war mit großer Spannung erwartet worden und markiert einen bedeutenden Moment in der Geschichte der ehemaligen französischen Kolonie. Das etwa 19 Millionen Einwohner zählende Land hat

eine monatelange Welle von Massenprotesten hinter sich. Diese waren eine Reaktion auf die Pläne des ehemaligen Präsidenten Blaise Compaoré, der seine Herrschaft 2014 mit Hilfe einer Verfassungsänderung noch einmal verlängern wollte. Er hatte sein Amt 1987 durch einen Putsch erlangt. Die Proteste hatten Compaoré schließlich zum Rücktritt gezwungen und seit rund einem Jahr war eine Übergangsregierung im Amt gewesen. Diese wollte Compaorés ehemalige Präsidentengarde wiederum vor drei Monaten aus dem Amt vertreiben. Der Putsch wurde aber durch Proteste des Volkes vereitelt.

Die Wahl gilt nun als wichtiger Schritt beim Übergang in die Demokratie: Seit Beginn der Unabhängigkeit 1960 wurde Burkina Faso meist von Präsidenten wie Compaoré regiert, die sich mit Hilfe des Militärs an die Macht geputscht hatten. Der demokratische und gewaltfreie Verlauf der Wahl gilt als positives Signal. Dass die



Roch Marc Christian Kaboré hat die Präsidentschaftswahlen in Burkina Faso mit einer absoluten Mehrheit gewonnen.

Volksproteste Compaorés Amtsverlängerung verhinderten, hat Symbolwert für andere afrikanische Länder wie Ruanda und die Demokratische Republik Kongo, deren Präsidenten ebenfalls eine verfassungswidrige Verlängerung ihrer Herrschaft anstreben. Burundi ist immer noch durch Unruhen erschüttert, seitdem Präsident Pierre Nkurunziza in einer umstrittenen Wahl für eine dritte Amtszeit wiedergewählt wurde. Die burundische Verfassung sieht nur zwei Amtszeiten für Präsidenten vor. Die Burkinabé

hoffen nun auf politische Stabilität, die Wahlsieger Kaboré verspricht. Er war 1994–1996 Ministerpräsident des Landes und 2002–2012 Parlamentspräsident. Im vergangenen Jahr hatte er aus Protest gegen Compaoré die sozialdemokratische Partei Mouvement du peuple pour le progrès (Volksbewegung für den Fortschritt) gegründet. Die für den Rücktritt Compaorés verantwortliche Bewegung „Balai Citoyen“ (Bürgerbesen) hat sich als außerparlamentarische Kraft etabliert. (sb)

# Schutzlose Zivilbevölkerung

Der Bürgerkrieg in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) hat zu Tausenden Toten und Hunderttausenden Vertriebenen geführt. Die internationale Gemeinschaft reagierte zu spät, kritisieren Experten vom Londoner Overseas Development Institute (ODI) und fordern eine proaktivere Vorgehensweise.

➔ Die jüngste Gewaltwelle in der ZAR ist Thema eines aktuellen Berichts der am ODI ansässigen Humanitarian Policy Group (HPG). Ende 2012 überrollten muslimische Seleka-Rebellen den Norden und die Mitte des Landes und stürzten 2013 den Präsidenten François Bozizé. Die Seleka-Rebellen verfolgten gezielt Andersgläubige, was eine Gegenbewegung auslöste: Die mehrheitlich christliche Anti-Balaka-Miliz. Sie verübte wiederum blutige Attacken auf Muslime.

Dem ODI zufolge sind 2,7 Millionen Menschen direkt vom Konflikt betroffen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung der ZAR. Schätzungen zufolge starben zwischen 2000 und 5000 Menschen. Im Januar 2015 lagen die Flüchtlingszahlen in den Nachbarländern Tschad, Kamerun und der Demokratischen Republik Kongo bei 400 000. Weitere 400 000 sind Binnenflüchtlinge. Etwa 80 Prozent der Muslime haben die Hauptstadt Bangui verlassen oder wurden getötet.

Laut ODI-Bericht waren am Anfang der Krise nur wenige internationale Truppen vor Ort. Zudem haben sich die zentralafrikanischen Sicherheitskräfte komplett aufgelöst. Ohne Polizei und Militär war die Regierung völlig hilflos. Bis heute kann sie die Zivilbevölkerung nicht schützen. Zudem kommen die Gewalttäter ungestraft davon, weil die meisten Richter und Rechtsanwälte entweder geflohen sind oder umgebracht wurden.

Viele Betroffene suchten deshalb Schutz bei bewaffneten Gruppen und religiösen Führern. Je nach Zugehörigkeit waren das nach Erkenntnissen der ODI-Experten entweder christliche oder muslimische Führer und Milizen. Die Studie betont aber auch, dass Rebellen auf beiden Seiten Schutzgeld von den eige-



Interreligiöser Dialog hilft: Papst Franziskus besucht die Hauptmoschee in Bangui im November. Rechts von ihm der Imam der Moschee, Tidiani Moussa Naibi.

nen Glaubensanhängern einkassiert und deren Geschäfte geplündert haben.

2014 begannen die MISCA-Truppen der Afrikanischen Union und die französische Mission Sangaris mit der Entwaffnung der Seleka. Da die Kampagne ausschließlich auf Seleka-Rebellen abzielte, bezweifelten die Menschen die Neutralität der Friedenstruppen. Die ausländischen Soldaten bemerkten auch nicht, dass die Anti-Balaka-Miliz stärker wurde und damit auch die Gefahr für Muslime stieg. Im muslimischen Bezirk von Bangui fühlten sich Bürger deshalb besser von der Seleka geschützt. Dennoch loben die Londoner Experten, dass MISCA und Sangaris größere Massaker verhindern konnten.

Die Lage verbesserte sich, als im September 2014 eine größere UN-Friedensmission MISCA ablöste. Die neue Mission, MINUSCA, brachte 10 000 Sicherheitskräfte ins Land mit dem Auftrag, Zivilisten zu schützen. Laut ODI-Bericht hätte diese Mission schon viel früher beginnen müssen.

Der Autorin zufolge spielten Priester, Imame und Missionare eine wichtige Rolle in der Konfliktbearbeitung. Über die interreligiöse Plattform (IRP) mobilisierten sie internationale Hilfe und sogar die Friedensmissionen. Vor Ort vermittelten sie zwischen Dorfgemeinschaften und bewaffneten Gruppen. Ihr Einsatz erfolgte jedoch teilweise recht spät, wie die Studie

kritisiert, und Hilfsorganisationen wurden nicht immer rechtzeitig eingeschaltet. Gerade in ländlichen Gebieten hatten die religiösen Helfer es demnach schwer, internationale Organisationen zu mobilisieren.

Im ODI-Bericht steht, dass nur wenige Hilfsorganisationen vor Ort waren, als der Bürgerkrieg ausbrach. Zudem zogen sich viele nach dem Putsch 2013 aus der ZAR zurück, weil sie zur Zielscheibe der Seleka wurden. Erst als der UN-Sicherheitsrat Ende 2013 den Notstand ausrief, griffen sie wieder verstärkt ein, indem sie etwa bedrohte Gemeinschaften in Schutzzonen evakuierten.

Der Bericht kritisiert auch, dass die internationale Gemeinschaft es versäumt habe, mit den bewaffneten Gruppen zu verhandeln und somit weitere Gewalt zu verhindern. Solange sich die Friedensmission dieser Aufgabe nicht stelle, werde die Krise nicht enden. Die staatlichen Institutionen in der ZAR seien nach wie vor sehr schwach. Zudem müsse den Friedenstruppen bewusst gemacht werden, wie die verschiedenen religiösen Gruppen in der ZAR die Dinge wahrnehmen und handeln.

*Theresa Krininger*

## Link:

HPG Working Paper, 2015: Central African Republic: addressing the protection crisis.

<http://www.odi.org/publications/10103-protection-car-africa-conflict-seleka-anti-balaka-peacekeepers>

# Junge Araber kämpfen für Frauenrechte

**Gewalt gegen Frauen ist in vielen Ländern weit verbreitet. Sexualisierte Gewalt ist beispielsweise in Krisengebieten wie Syrien, dem Irak, Libyen und Ägypten immer noch an der Tagesordnung – 15 Jahre nachdem die UN-Resolution 1325 alle Parteien in bewaffneten Konflikten aufforderte, Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Eine positive Entwicklung besteht darin, dass sich immer mehr junge arabische Männer für Frauenrechte einsetzen.**

➔ Heide Serra von der Hilfsorganisation Amica stellt eine „große Bereitschaft“ unter Männern fest, für Frauenrechte, als universelle Menschenrechte, zu kämpfen. Amica arbeitet im libyschen Bengasi mit der neu gegründeten Frauenrechtsorganisation Nataj zusammen. In deren Fokus stehen alle Probleme, mit denen Frauen im derzeitigen schwierigen Transformationsprozess des Landes konfrontiert sind.

Der 28-jährige Marrwan Gargoum ist ein bekannter libyscher Aktivist und Assistent der Geschäftsführung von Nataj. Er betont, dass Frauen eine wichtige Rolle bei der Revolution im Land gespielt hätten. Im Moment sei das Leben im vom Krieg zerstörten Bengasi sehr schwierig – besonders für Frauen. Aber: „Es gibt eine starke Frauenbewegung in Bengasi, und sie wird jeden Tag größer“, sagte Gargoum auf einer Konferenz in Freiburg am 25. November, dem internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Ausgerichtet wurde sie von Amica in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg.

Auch der Ägypter Mohammed El Khateeb engagiert sich für Frauenrechte. Er arbeitet bei HarassMap mit, einer Freiwilligen-Initiative, die die soziale Akzeptanz von sexueller Belästigung und Gewalt in Ägypten beenden will. „93 Prozent aller Frauen in Ägypten werden Opfer sexueller Belästigung oder Gewalt, und 81 Prozent der Fälle finden in der Öffentlichkeit statt, ohne dass jemand eingreift“, berichtet El

Khateeb. Die wichtigste Aufgabe besteht seiner Meinung nach darin, ein Bewusstsein für das Problem zu schaffen, das viele Ägypter schlicht leugneten. „Man muss das Problem als solches zunächst wahrnehmen, um es zu bekämpfen“, sagt der 23-Jährige. HarassMap hat eine interaktive Landkarte geschaffen, mit deren Hilfe Opfer und Zeugen online über Übergriffe in der Öffentlichkeit berichten können.

Im Zuge des arabischen Frühlings 2011 wollten die Menschen, dass sich in Ägypten etwas verändert, ist El Khateeb überzeugt. „In Kairo gibt es eine aktive Zivilgesellschaft, und Frauen und Männer arbeiten zusammen.“ Viele Männer lehnten sexuelle Belästigung ab und wollten sie verhindern. Die Ahndung von Sexualstraftaten sei Aufgabe von Polizei und Justiz, sagt El Khateeb. Aber es sei Aufgabe der Gesellschaft, die soziale Akzeptanz zu verändern.

Annemarie Sancar vom Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) der Schweizerischen Friedensstiftung warnt, dass der Schutz von Frauen, wie ihn die Resolution 1325 fordert, auch zum Ausschluss von Frauen aus der Öffentlichkeit führen könne. „Das würde bedeuten, klein beizugeben.“ Ihrer Meinung nach ist Prävention wichtig. Die Grundursachen müssten angepackt werden.

In den von der Terrormiliz ISIS kontrollierten Gebieten in Syrien und dem Irak ist Gewalt gegen Frauen besonders weit verbreitet. Die syrische Menschenrechtsanwältin Laila Alodaat weist darauf hin, dass das Problem nicht mit ISIS begonnen habe, sondern Gewalt gegen Frauen in beiden Ländern seit langer Zeit toleriert werde.

In gewaltsamen Konflikten seien Frauen aber in besonderem Maße gefährdet. „In der Regel kämpfen sie nicht, tragen keine Waffen und können sich nicht verteidigen“, sagt Alodaat, die für die Women’s International League for Peace and Freedom (WILPF) arbeitet. Außerdem seien viele Rechte eingeschränkt, etwa die Bewegungsfreiheit. Auch der Zusam-



Viele Jesidinnen sind vor Angriffen der ISIS-Kämpfer im Nordirak geflohen und leben nun unter prekären Bedingungen.

menbruch von Syriens Rechtssystem und Verwaltung hätten große Auswirkungen für Frauen. Alodaat bedauert: „Der bewaffnete Konflikt hat die wenigen Errungenschaften, die die syrischen Frauen seit der Unabhängigkeit erkämpft haben, komplett zunichte gemacht.“

Der Psychologe und Orientalist Jan Ilhan Kizilhan berichtet von schrecklichen Gräueltaten gegen die Minderheit der Jesiden im Nordirak: „Frauen werden von ISIS verkauft, versklavt, vergewaltigt und gefoltert.“ Die Terrormiliz folge einer faschistischen Ideologie, entmensliche Andersdenkende und begehe einen Völkermord an den Jesiden.

Das Schicksal der Jesiden ist relativ bekannt. Für andere religiöse und ethnische Minderheiten der Region gilt das jedoch nicht. „Es gibt Millionen von Frauen, die ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt sind“, sagt Alodaat und ruft die Weltgemeinschaft zu verstärkten präventiven Maßnahmen auf. *Katja Dombrowski*

## Links:

### Amica:

<https://www.amica-ev.org/de>

### HarassMap:

<http://harassmap.org/en/>

# Neue Gewalträume an unregierten Orten

**Bürgerkriege, Terrorismus und organisierte Kriminalität bedrohen zunehmend die staatliche Ordnung in vielen Ländern. In einem aktuellen Aufsatzband analysieren Wissenschaftler organisierte Gewalt an unterschiedlichen Orten – vom „Krieg gegen den Terror“ im Irak und Afghanistan bis hin zu Gewalt in Armenierteln.**

➔ Herausgeber des Bandes „Geographien der Gewalt“ sind Conrad Schetter und Benedikt Korf. Schetter ist wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) und E+Z/D+C-Autor. Korf lehrt an der Universität Zürich Politische Geographie, die den Zusammenhang zwischen Macht und Raum erforscht. Die Herausgeber führen mit zwei konträren Interpretationen von Gewalt in das Thema ein. Einige Wissenschaftler sähen Gewalt als einen „kollektiven Berauschungszustand“ und als „pure Raserei“; andere betrachteten diese als eine „rationale Art von Wahnsinn“.

Schetter und Korf schließen sich der zweiten Interpretation an: Gewalt sei für viele Kriegsherren eine einträgliche Methode, um Einnahmen zu erzielen, etwa durch den Verkauf von Rohstoffen, der Konfiszierung von Hilfsgütern oder durch erpresste Schutzgelder. Gewalt entstehe also nicht im Rausch, sondern aus rationalem Kalkül heraus. Das erklärt auch die lange Dauer bestimmter Konflikte und die Schwierigkeit, die Akteure zu einem Friedensprozess zu bewegen. Das Buch diskutiert komplexe Zusammenhänge, bietet aber verständlicherweise keine simplen Lösungen an.

Besonders seit dem 11. September 2001 hat sich laut Schetter und Korf eine neue Begründung für Interventionen des Westens herausgebildet, die davon ausgeht, dass es bestimmte Räume der Erde gibt, die eine Quelle der Bedrohung für die westliche Gesellschaft sind. Damit rechtfertigt der Westen militärische Gewalt und eine Kriegsführung mit Luft- und Droh-



US-Piloten testen eine Drohne.

nenangriffen in Regionen wie dem Irak oder Afghanistan.

Der Politische Geograph Derek Gregory untersucht in seinem gleichnamigen Aufsatz den „allgegenwärtigen Krieg“. Damit meint er das Gefühl eines nicht enden wollenden Kriegszustands, etwa den US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ oder die Konflikte an der amerikanisch-mexikanischen Grenze. Beides seien „räumlich uneindeutige Gebiete“ ohne feste Grenzen.

An der US-mexikanischen Grenze bekämpfen die USA seit mehreren Jahren den Drogenschmuggel und die illegale Migration von Mexiko aus. Laut Gregory militarisierten die USA den Feldzug gegen Drogenhändler und Migranten immer weiter. Die US-Grenzpolizei arbeite seit Jahren mit dem Militär zusammen und baue eine Hightech-Grenzsicherung auf, wobei seit 2011 selbst Drohnen über Mexiko patrouillierten.

Daran anknüpfend beschäftigen sich der Philosoph Janosch Prinz und der Herausgeber des Buches, Conrad Schetter, damit, dass gewisse Staaten durch ihre technologische Überlegenheit in der Lage sind, ihre Ordnungsvorstellungen kriegerisch auf der ganzen Welt durchzusetzen. Dadurch erschufen sie neue „Gewalträume“. Als Legitimation für diese Einsätze dienten normativ formulierte politische Argumente wie die eigene Gefährdung durch sogenannte unregierte

Räume, die Terroristen oder Mafianetzwerken als Rückzugsort dienten. Als Beispiele nennen die Autoren die Drohnenangriffe von US-Special Forces in Pakistan, im Jemen oder in Somalia.

Die Autoren stellen dabei eine Asymmetrie der Kriegsführung in diesen neuen Gewalträumen fest – also waffentechnisch und organisatorisch stark unterschiedliche Konfliktparteien. So werden zum Beispiel kaum kalkulierbare Anschläge von Aufständischen in Irak oder Afghanistan mit schweren Luftangriffen beantwortet, denen alle Bewohner schutzlos und ohne Vorwarnung ausgeliefert sind.

Wirtschaftsgeograph Frank Zirkl beschäftigt sich mit der Gewalt in brasilianischen Großstädten. Der Drogenhandel in den Favelas führe zu teils bürgerkriegsähnlichen Machtkämpfen zwischen Drogenbanden, der Polizei und illegalen Milizen. Viele Bewohner, so Zirkl, fühlten sich in ihrer Favela im Ausnahmezustand. Der Autor meint, dass eine „Rückeroberung“ dieser Viertel nicht nur ein Durchgreifen der Polizei erfordere. Vielmehr sei Good Governance notwendig, sprich eine Partizipation aller Beteiligten, um die Stadtentwicklung zu verbessern und den Drogenhandel einzudämmen. *Sabine Balk*

## Literatur:

Korf, B., und Schetter, C., 2015: Geographien der Gewalt. Kriege, Konflikte und die Ordnung des Raumes im 21. Jahrhundert. Borntraeger Stuttgart.

# Fast geschafft

Nach 15 Jahren harter Arbeit meldet die UN einen signifikanten Rückgang der HIV-Neuinfektionen sowie der Aids-bedingten Todesfälle. Dies ist dennoch kein Grund zum Ausruhen.

➔ Die kürzlich veröffentlichten Zahlen des UN-Programms zu HIV/Aids (UNAIDS) zeigen einen „bemerkenswerten Fortschritt“ im Kampf gegen die Krankheit. HIV-Neuansteckungen sind seit 2000 um 35 Prozent gesunken, bei Kindern sogar um 58 Prozent. Außerdem sterben weniger Menschen an den Folgekrankheiten von Aids. Im Jahr 2005 zählte UNAIDS noch 2,5 Millionen Aids-Tote. 2013 waren es 1,5 Millionen. UNAIDS zufolge konnte die weltweite Anti-Aids-Kampagne in den vergangenen 15 Jahren 30 Millionen HIV-Neuinfektionen verhindern und knapp 8 Millionen Menschen vor dem Tod bewahren.

Und dennoch waren 2014 noch 37 Millionen Menschen mit dem HIV-Virus infiziert. Ein Grund dafür ist, dass HIV-Infizierte heute länger leben, weil sie Zugang zu antiretroviralen Medikamenten haben, die das Virus unterdrücken. Im Juni 2015 bekamen 16 Millionen Menschen diese Medikamente, was laut UNAIDS vor 15 Jahren noch unvorstellbar war. Im Jahr 2000 hatte nur ein Prozent der Menschen mit HIV in Entwicklungs- und Schwellenländern Zugang zu Medikamenten. 15 Jahre später waren es 40 Prozent.

Trotz der Erfolge können sich die Aids-Bekämpfer nicht zurücklehnen, denn die Epidemie fordert immer noch zu viele Menschenleben. 2014 steckten sich etwa zwei Millionen Menschen mit dem HIV-Virus an, 1,2 Millionen Menschen starben an Aids-Folgekrankheiten.

Hinzu kommt, dass die Art und Weise, wie sich HIV/Aids ausbreitet, die globalen Ungleichheiten spiegelt. Fast zwei Drittel der HIV-Neuinfektionen geschehen in Subsahara-Afrika. UNAIDS zählte dort im vergangenen Jahr 1,4 Millionen Fälle. Danach folgen Süd- und Ostasien und die Pazifikstaaten mit 340 000 HIV-Neuinfizierten und Zentralasien und Osteuropa mit 140 000 Neuansteckungen. In West- und Mitteleuropa und in Nordamerika



Bohna/picture-alliance/dpa

Aufklärungskampagne in Cape Town.

blieb die Ansteckungsrate seit 2000 ziemlich stabil.

Trotz sinkender HIV-Ansteckungsraten in den meisten Ländern bildet die MENA-Region (Middle East and North Africa) eine Ausnahme. Die UNAIDS-Statistik zeigt, dass dort die Ansteckungen in den vergangenen 15 Jahren um 26 Prozent zunahm. Sorgen macht auch, dass sich dort sowie in Zentralasien und Osteuropa Aids-bedingte Todesfälle seit 2000 mehr als verdreifachten.

Von den 37 Millionen HIV-infizierten Menschen wissen rund 17 Millionen nichts von ihrer Erkrankung, schätzt UNAIDS. Sie gilt es schnell zu erreichen. Zeitgleich gibt es noch etwa 21 Millionen Menschen mit HIV, die keine angemessene medizinische Behandlung bekommen. Um das zu ändern, legt UNAIDS einen Fünfjahresplan vor, um die Situation schnell zu verbessern.

## Hochgesteckter Fünfjahresplan

UNAIDS hat sich dafür ambitionierte Ziele gesteckt:

- Bis 2020 sollen 90 Prozent der Menschen mit HIV ihren Gesundheitszustand kennen und Medikamente bekommen.
- Im selben Zeitraum sollen neue HIV-Infektionen um 75 Prozent verringert und für Kinder ganz verhindert werden.
- 90 Prozent der Jugendlichen sollen bis 2020 wissen, wie sie sich vor HIV schützen

zen, genauso viele Erwachsene sollen Zugang zu HIV-Präventionsmaßnahmen und Verhütungsberatung haben.

Der Fünfjahresplan richtet sich auch gegen jede Form von Diskriminierung, schreibt UNAIDS. Demnach sollen 90 Prozent der Risikogruppen wie etwa Prostituierte, Gefangene und Drogenabhängige HIV-Präventionsangebote wahrnehmen können.

Für die Umsetzung benötigt UNAIDS aber viel Geld. Die Organisation fordert daher 30 Milliarden Dollar für die HIV/Aids-Bekämpfung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Laut UNAIDS hat eine große Geldspritze auch Vorteile: Nach 2020 wird der Bedarf wieder sinken. Wenn die internationale Gemeinschaft jetzt nicht schnell und entschlossen handelt, könnte die Epidemie wieder auf den Stand von vor 10 Jahren zurückgehen, warnen die Experten.

Zwar sei der Plan sehr ehrgeizig, er berge aber auch die einmalige Chance, „den Lauf der Geschichte für immer zu verändern“. Zudem gliedert sich das UNAIDS-Vorhaben gut in die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der UN-2030-Agenda ein. Die UN will HIV/Aids bis 2030 ganz stoppen.

Theresa Krininger

### Link:

UNAIDS, 2015: AIDS by the numbers.  
[http://www.unaids.org/sites/default/files/media\\_asset/AIDS\\_by\\_the\\_numbers\\_2015\\_en.pdf](http://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/AIDS_by_the_numbers_2015_en.pdf)

# Chancen der Digitalisierung

**Der UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung 2015 bricht eine Lanze für die Digitalisierung. Großes Potenzial für nachhaltige Arbeit bietet auch der Bereich der erneuerbaren Energien. Die Autoren fordern eine neue globale Agenda für menschenwürdige Arbeit.**

➔ Der Bericht mit dem Titel „Arbeit und menschliche Entwicklung“ konstatiert, dass technologischer Fortschritt, Globalisierung, Alterung der Bevölkerung und klimapolitische Herausforderungen die Arbeit grundlegend und schnell verändern. Darin bestünden Chancen, aber auch große Herausforderungen. Regierungen müssten rasch handeln, damit niemand zurückgelassen werde. „Es muss mehr Menschen ermöglicht werden, von den Vorteilen, die aus nachhaltiger Arbeit entstehen können, zu profitieren“, betonte der äthiopische Ministerpräsident Hailemariam Desalegn bei der Vorstellung des UNDP-Berichts.

Zahlreiche Entwicklungsländer hätten von der Integration ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten in globale Wertschöpfungsketten profitiert, heißt es im Bericht. Die Erwerbsarbeit insgesamt und die Erwerbsbeteiligung von Frauen seien gestiegen. Während 1995 nur 296 Millionen Arbeitskräfte im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten beschäftigt gewesen seien, seien es 2013 schon 453 Millionen gewesen, darunter 190 Millionen

Frauen. Outsourcing von Fließbandarbeit habe in vielen Ländern neue Arbeitsplätze geschaffen, häufig begleitet von einem Aufschwung der lokalen Entwicklung.

Aufgrund der internationalen Verlagerung von Dienstleistungen ist die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik in Indien dem Bericht zufolge zwischen 2000 und 2010 von 284 000 auf mehr als 2 Millionen gestiegen. Auch in der Russischen Föderation, in Lateinamerika und in Afrika wächst der Dienstleistungssektor.

Wissen ist zu einem zentralen Bestandteil der Produktion geworden. 2012 wuchs der Handel mit wissensintensiven Gütern, Dienstleistungen und Finanzprodukten 1,3 Mal schneller als der Handel mit arbeitsintensiven Gütern. Die digitale Wirtschaft hat vielen Frauen den Zugang zu Arbeit eröffnet, bei der sie ihr Potenzial entfalten können, etwa als Unternehmerinnen im Online-Handel oder im Rahmen von „Crowdworking“ oder elektronischen Dienstleistungen.

Die digitale Revolution beeinflusst auch die informelle Erwerbsarbeit, von der Landwirtschaft bis zum Straßenverkauf. In Äthiopien nutzen Landwirte Mobiltelefone, um die Kaffeepreise zu erfahren, und in Saudi-Arabien setzen Bauern Funktechnik ein, um das knappe Wasser für die Bewässerung der Weizenfelder zu verteilen.

Der Bericht weist jedoch auch darauf hin, dass nicht alle an der digitalen Revolution teilhaben und dass es große Unterschiede in der Qualität der Arbeit gibt. Einem Zuwachs an Arbeitsplätzen in bestimmten Regionen und Branchen stehen Arbeitsplatzverluste anderswo entgegen. Der Druck auf die Löhne Geringqualifizierter wächst. „Es gab noch nie einen besseren Zeitpunkt für gut ausgebildete Arbeitskräfte. Allerdings ist es kein guter Zeitpunkt für Arbeiter mit nur wenig Bildung. Dies vertieft die Ungleichheit“, schreibt Selim Jahan, Autor des Berichtes.

Insgesamt haben laut UNDP 61 Prozent aller Beschäftigten weltweit keinen Arbeitsvertrag, und nur 27 Prozent der Weltbevölkerung verfügen über eine soziale Sicherung. Angestellte Frauen verdienen durchschnittlich 24 Prozent weniger als Männer. Und es leben weltweit immer noch 830 Millionen Menschen trotz Erwerbstätigkeit von weniger als zwei Dollar am Tag. Mehr als 200 Millionen Menschen sind arbeitslos, und 21 Millionen Menschen müssen Zwangsarbeit verrichten.

Als Konsequenz fordert der Bericht eine Agenda für menschenwürdige Arbeit, die auch die Beschäftigten außerhalb des formellen Sektors einbezieht, sowie eine Offensive für Qualifizierung und Schaffung digitaler Infrastruktur.

Enorme Chancen böten zudem die Sektoren Energie, Bauen und Infrastruktur. Im Jahr 2014 seien weltweit bereits rund 7,7 Millionen Menschen im Bereich erneuerbare Energien (ohne große Wasserkraft) beschäftigt gewesen. Dies gelte es weiter auszubauen. Allein in China, Indien, Indonesien, Südafrika, Brasilien und den USA könnten durch ein globales Klimaschutzstabilisierungsprogramm mit jährlich 1,5 Prozent des BIPs in den kommenden Jahren 13,5 Millionen Arbeitsplätze netto geschaffen werden.

*Hans-Christoph Neidlein*

**Link:**

**Bericht über die menschliche Entwicklung 2015:**  
[http://www.dgyn.de/fileadmin/user\\_upload/menschl\\_entwicklung/BILDER/HDR/HDR\\_2015\\_WEB.pdf](http://www.dgyn.de/fileadmin/user_upload/menschl_entwicklung/BILDER/HDR/HDR_2015_WEB.pdf)



Bohling/Photography

Die Erneuerbaren-Branche ist ein weltweiter Jobmotor. Solarpaneele auf dem Beirut-Fluss im Libanon.

# Heutzutage: Sexuelle Freiheit

„Azadi! Azadi! Humein chahiye azadi!“ (Freiheit! Freiheit! Wir brauchen Freiheit!) Diese und ähnliche Rufe schallen durch die Hauptstraßen im Zentrum Neu-Delhis, wo sich fast tausend Menschen aus verschiedenen Teilen der Stadt, des Landes und der Welt zum Delhi Queer Pride March versammelt haben.

Er findet immer am letzten Sonntag im November statt. Jung und Alt treffen sich dann bei angenehmem Wetter in der indischen Hauptstadt, tauchen in die Farben des Regenbogens und demonstrieren für Liebe ohne Diskriminierung. Die Teilnehmer bewegen sich laufend und tanzend auf Jantar Mantar zu, die Sternwarte, die ein beliebter Anlaufpunkt für Demonstrationen ist. Dabei

werben sie für die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgender-Menschen (LGBT) und ermuntern alle auf ihrem Weg, sich dem „Marsch für die Liebe“ anzuschließen.

Vandana, eine Frau mittleren Alters, sagt: „Ich bin selbst hetero, aber ich laufe mit, weil ich die Menschen unterstützen will, die aufgrund der restriktiven Gesetze in Indien keine sexuelle Freiheit genießen.“ Anukriti Gupta, eine Studentin der Universität Ashoka, will ebenfalls Solidarität demonstrieren. „Ich habe einen schwulen Kommilitonen“, erzählt sie. „Wenn seine Eltern von seiner sexuellen Orientierung erfahren, würden sie ihn verleugnen. Aber warum nur? Ich bin hier, um ihn und alle anderen Menschen



zu unterstützen, die nichts weiter fordern als die Freiheit, ihre Sexualität zu leben. Artikel 377 muss abgeschafft werden.“

Der umstrittene Artikel 377 des indischen Strafgesetzbuches stellt sexuelle Handlungen zwischen Menschen des gleichen Geschlechts unter Strafe. 2009 erklärte ein Gericht in Delhi für verfassungswidrig, aber das Oberste Gericht machte den Beschluss 2013 rückgängig. Die Richter waren der Ansicht, eine Änderung oder Abschaffung des Artikels müsse vom Parlament beschlossen werden. Sogar der amtierende Finanz- und Verteidigungsminister Arun Jaitley bezeichnete diese Ansicht als „konservativ“. Er sagte kürzlich, man könne Millionen Menschen, die gleichgeschlechtlichen Sex praktizieren, nicht ausgrenzen.

Beim Queer Pride March geht es aber noch um mehr. Die Veranstalter erklärten im Vorfeld, der

Kampf der LGBT-Community stehe im Zusammenhang mit der gewaltsamen Unterdrückung anderer Rechte – etwa in Bezug auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kaste oder Religion, auf Behinderung oder die freie Meinungsäußerung.

Diese Ansicht vertritt auch Akansha. Die Studentin demonstriert „für alle Freiheiten, die bedroht sind: die Freiheit, zu essen, was ich möchte, anzuziehen, was mir gefällt, mich frei zu bewegen, wann und wo ich will“. Serena, eine in Indien lebende Spanierin, die Regenbogen und Herzen auf die Gesichter der Teilnehmer malt, wünscht sich, dass es jede Woche einen Pride March gibt. „Dann wäre jedenfalls mehr Liebe im Umlauf!“

## Links:

### Delhi Pride:

<https://www.facebook.com/events/1652494555015291/>  
<http://delhipride.org/>

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

### Roli Mahajan

ist freie Journalistin und Fotografin.

Sie lebt in Neu-Delhi.

[roli.mahajan@gmail.com](mailto:roli.mahajan@gmail.com)



## Impressum

**E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**  
56. Jg. 2015  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

### Herausgeberin:



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

### ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
<http://www.engagement-global.de>

### Beirat:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

### Verlag:

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführer:**  
Oliver Rohloff

### Anschrift von Verlag und Redaktion:

Frankenallee 71-81  
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

### Redaktion:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 01-43 66,  
Fax (0 69) 75 01-48 55,  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

**Grafik und Layout:** Jan Walter Hofmann

### Übersetzung:

Eleonore von Bothmer, Carola Torti

### Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:

Klaus Hofmann (verantwortlich)  
Tel. (0 69) 75 01-48 27  
Fax (0 69) 75 01-45 02  
[zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de](mailto:zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de)

### Druck:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4-6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

### Bezugspreise für Druckausgabe:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

# Unverzichtbare Schulen





*Schulkinder 2013  
in Sierra Leone.*

Lesen, Schreiben und Rechnen stehen weit oben auf der Agenda 2030 der Sustainable Development Goals. Tatsächlich sind gute Grundschulen eine Voraussetzung breitenwirksamer Entwicklung. Deshalb standen sie auch schon auf der Liste der Millenniumsziele hoch oben – mit dem Ergebnis, dass die Einschulungsraten vieler Länder enorm gestiegen sind. Allerdings muss der Unterricht vielfach noch besser werden. Im Kern geht es darum, frühzeitig sicherzustellen, dass besonders die Kinder aus benachteiligten Gesellschaftsgruppen die Wissensgrundlagen bekommen, um im Leben Erfolg zu haben und ihre Familien aus der Armut zu befreien.

# „Zehn Übungsbücher für 50 Schüler“

Sierra Leone hat Fortschritte dabei gemacht, vielen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Es bleibt aber noch viel zu tun. Das Bildungswesen braucht mehr Mittel.

Von Fidelis Adele

➔ Grunds Schulbildung für alle Kinder im entsprechenden Alter war das UN-Millenniumsziel 2 (MDG2 – Millennium Development Goal 2). Zur Bewertung der Lage in Sierra Leone sagt ein Mitarbeiter des UNDP, der seinen Namen nicht in der Presse lesen will, es sei nicht komplett erreicht worden, aber gestiegene Einschulungsraten in Primar- und Sekundarstufe seien positiv. Wegen unzureichender Statistiken bleibe es jedoch „recht schwer“, dem Land vollen Erfolg zu bescheinigen.

Sierra Leones Wirtschaft ist den vergangenen Jahren gewachsen, aber die Narben des zehnjährigen Bürgerkriegs, der offiziell 2002 zu Ende ging, sind noch deutlich zu sehen. Das Bildungswesen, das ohnehin schon schwach war, wurde zerstört. Aufeinanderfolgende Nachkriegsregierungen machten dann Bildung zur Priorität, um MDG2 zu erreichen, und beschlossen dafür Reformen und Pläne. 2004 wurde das Bildungsgesetz verabschiedet und 2007 das Gesetz über die Rechte von Kindern. In Sierra Leone leben rund 6 Millionen Menschen, von denen 42 Prozent jünger als 15 sind.

Die Ebola-Krise hat die Probleme verschärft, denn Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen mussten eine neue, tödliche Gefahr eindämmen. Die Schulen blieben monatelang geschlossen.

Grundsätzlich besteht heute Schulpflicht, aber selbst in nicht von Ebola geprägten Zeiten gehen viele Kinder nicht zum Unterricht. Michael Turay vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technik sagt, 2011 seien 48 Prozent der Mädchen und 50 Prozent der Jungen tatsächlich Schulkinder gewesen. Aktuellere Daten sind nicht zuverlässig. Die Quoten mögen Ausländern niedrig erscheinen, aber es ist zu bedenken, dass der Krieg das Schulwesen auf null zurückgesetzt hatte.

Aus Sicht Turays waren die Zahlen von 2011 beachtlich – und besser als die Kennzahlen für andere MDGs. 1,2 Millionen Schulkinder seien angemel-

det gewesen, fast ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. „Wir haben das MDG vielleicht nicht erreicht“, sagt er, „aber wir sind stolz, dass wir so weit gekommen sind.“

Ein Problem ist allerdings, dass viel mehr Kinder die Schule beginnen als abschließen. Für Thomas Dicksen, einen Zeitungsredakteur, ist das eine von zwei „unüberwindlichen Herausforderungen“. Die andere sei die geringe Unterrichtsqualität.

## 60 Prozent Analphabeten

„Die Analphabetenquote beträgt in Sierra Leone noch immer 60 Prozent“, sagt William Sao Lamin von der zivilgesellschaftlichen Organisation Health Alert. Dabei könnten auch viele, die offiziell nicht zu den Analphabeten gezählt werden, nur schlecht lesen. Er meint, größere Anstrengungen hätten gemacht werden müssen, um die Qualität der Grundschulen anzuhoben und die Abbrecherquoten zu senken.

Ibrahim Tommy beurteilt die Lage ähnlich. Er leitet das nichtstaatliche Centre for Accountability and Rule of Law und urteilt, Staat und Gebergemeinschaft müssten die Bildungsausgaben steigern. Zudem fordert er die Dezentralisierung der Verantwortung für Schulen auf die lokale Ebene, um sicherzustellen, dass Ressourcen effizient genutzt werden und Bücher und andere Unterrichtsmaterialien pünktlich zur Verfügung stehen.

Generell fordern zivilgesellschaftliche Organisationen, Staat und Geber sollten mehr tun, damit Sierra Leone das MDG2 so bald wie möglich erreicht. Manche Eltern finden die kostenfreien staatlichen Schulen nicht gut genug. Wenn sie es sich leisten können, schicken sie ihren Nachwuchs auf Privatschulen. Sie zahlen viel Geld für zuverlässig guten Unterricht.

Leider haben die Schulen generell zu wenig Mittel. Abdul Bundu leitet eine Grundschule in Freetown und sagt, er habe nicht genug Text- und Übungsbücher.



Duff/AP Photo/picture-alliance

„Wir haben nur zehn Übungsbücher für eine Klasse mit 50 Schülern.“

Es herrscht auch Raumnot. Rebecca Kanu unterrichtet an einer staatlichen Schule und klagt, die Kinder könnten nicht gut aufpassen, weil sie eng gedrängt ohne geeignete Möbel in kleinen Zimmern zusammen hockten. „Das belastet uns seit mehr als einem Jahrzehnt“, sagt sie. Was der Staat bereitstelle, halte mit den steigenden Einschulungsraten nicht Schritt.

Defizite gibt es auch bei der Lehrerbezahlung. Zainab Kamara leitet an einer weiteren Grundschule ein Team von 13 Lehrkräften. Die meisten seien ausgebildet und qualifiziert, aber nicht alle würden vom Staat bezahlt. „Die, die kein staatliches Gehalt bekommen, werden mit Schulgebühren entlohnt.“ Allerdings zahlen die Eltern nicht zuverlässig, so dass auch die Lehrkräfte ihr Geld oft nicht pünktlich oder nur unvollständig bekommen.

Grundsätzlich hat die Regierung allen Kindern in der Schule Gratis-Mahlzeiten versprochen. Schulspeisung wäre auch ein wichtiger Anreiz, um alle angemeldeten Kinder in der Schule zu behalten. Allerdings wird diese Politik nicht überall implementiert. Kamara sagt nur: „Es läuft nicht.“

Laut PR-Mann Turay aus dem Bildungsministerium organisiert das World Food Programme (WFP) Schulspeisung für rund 267 000 Kinder in Teilen von Sierra Leones Südost- und Nordprovinzen, der Catholic Relief Service (CRS) versorgt 28 000 Kinder im Koinadugu District. Das WFP habe aber nicht die Mittel, um alle Grundschulkindern in Sierra Leone zu beköstigen, und die Regierung müsse noch die nötigen Strukturen schaffen, um landesweite Schulspeisung zu ermöglichen.

Dafür sind ihm zufolge umgerechnet 13 Millionen Dollar nötig. 10 Millionen werde die Regierung aufbringen, der Rest werde von Gebern kommen. Der Beamte stellt klar, dass Schulspeisung nicht von

MDG2 gefordert wird. Die Regierung werde aber dafür sorgen, um Kinder in den Schulen zu halten.

Turay sagt auch, die Regierung stelle seit langem mit einer Taskforce Lehr- und Unterrichtsmaterialien bereit. Dieser Taskforce gehörten die Antikorruptionskommission, das Büro für nationale Sicherheit sowie die Kreis- und Gemeindeverwaltungen an. „Die Verteilung der Materialien beruht auf den jährlichen Anmeldezahlen jeder Schule, und jedem Schüler steht pro Fach ein Schulbuch zu“, sagt Turay. Er räumt aber ein, dass es kein systematisches Monitoring durch das Ministerium gibt.

Beobachtern ist klar, dass Sierra Leones Institutionen weiterhin tendenziell überfordert sind. Dass noch viel getan werden muss, ist Konsens. Die Arbeitsbedingungen der Lehrerschaft müssen besser werden – gerade auch hinsichtlich der Bezahlung, und zwar vor allem im ländlichen Raum. Andererseits sollten auch die Lehrleistungen gemessen werden. Nötig sind obendrein Anreize, um sicherzustellen, dass alle Kinder – und vor allem die Mädchen – die Schule auch abschließen.

International waren die MDGs ein großer Erfolg, auch wenn sie nicht komplett erreicht wurden. In Sierra Leone hat MDG2 viel bewirkt, auch wenn es nicht wie erhofft 2015 erreicht wurde. Mittlerweile haben die UN neue Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen, die auf den MDGs aufbauen. Es ist aber Konsens, dass die MDG-Agenda abgeschlossen werden muss.

Sierra Leones Bildungsminister Minkailu Bah gibt sich zuversichtlich, dass das geschehen wird: „Auch wenn das Grundschulzenario in Sierra Leone in verschiedener Hinsicht schwierig bleibt, können wir in den nächsten 15 Jahren auf dem bescheidenen Erfolg, den wir bislang hatten, aufbauen und ihn verfestigen.“ Ihm zufolge wird das Land auch mit Blick auf die SDGs vorankommen. ←



*Ebola hat sich verheerend auf Schulen ausgewirkt: Teilnahme an per Radio übertragenem Unterricht im Februar 2015.*



**Fidelis Adele**  
arbeitet als Journalist in Freetown.  
fid2k2@yahoo.com

# Bildung bleibt auf der Agenda

Das UN-Millenniumsziel 2 (MDG2 für Millennium Development Goal 2) war, bis 2015 allen Kindern Zugang zur Grundschule zu verschaffen. Das ist zwar nicht komplett erfüllt worden, aber es hat bemerkenswerte Fortschritte gegeben. Aus Sicht der Vereinten Nationen sowie der Bundesregierung muss noch mehr geschehen.

Global ist der Anteil der Kinder mit Grundschulbildung auf 90 Prozent gestiegen. Besonders für Mädchen ist die Lage besser geworden. Die größten Fortschritte verzeichnen Sub-Sahara-Afrika, Ozeanien, Südasien und Nordafrika. Aber es gibt weiterhin viel zu tun. Die Zahl der Analphabeten bleibt weltweit hoch; 250 Millionen Kinder können weiterhin nicht lesen und schreiben.

Das MDG universeller Grundbildung bleibt auf der Agenda, aber darüber hinaus gibt es neue Ziele. So soll bis 2030 auch die Sekundarbildung für alle verwirklicht werden. Zudem sollen die vorschulische Erziehung und der Zugang zu beruflicher Bildung besser werden. Gleichberechtigung der Geschlechter ist dabei eine ebenso wichtige Querschnittsaufgabe wie die Einbeziehung von besonders zu fördernden Gruppen wie etwa Menschen mit Behinderung. All das entspricht aus gutem Grund auch den Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Wirklich neu ist aber, dass die neue Agenda als interdisziplinärer Katalog angelegt ist. Es geht nicht darum, einzelne Ziele herauszupicken. Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – ökologisch, ökonomisch und sozial – gehören zusammen. Die Agenda 2030 ist entsprechend auch nicht nur ein Aufgabenkatalog für das

Auch der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche ist wichtig – und trägt unter anderem dazu bei, die Finanzierung des Bildungswesens sicherzustellen.

Gute Regierungsführung und die Verwirklichung der Menschenrechte führen zu Chancen für die junge Generation. Im Umkehrschluss ist Bildung aber auch für gute Regierungsführung nötig, weil Bürger nur auf ihren Rechten bestehen können, wenn sie diese kennen. Auch aus diesen Gründen hat sich die Bundesregierung im Verhandlungsprozess für SDG 16 (Frieden, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung) eingesetzt.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird – konsequent umgesetzt – Fluchtursachen reduzieren. Auch das ist bildungsrelevant, denn Entwurzelung verhindert oft Schulbesuch.

International ist für alle SDGs ein starker Monitoring-Mechanismus im Rahmen des 2012 in Rio geschaffenen High-Level Political-Forums nötig. Einerseits müssen wir Erfolge erkennen und vergleichen, andererseits wollen wir daraus weltweit Lehren ziehen. Alle Akteure sollen Erfahrungen austauschen und Konsequenzen daraus ziehen können. Im Zeitalter der Globalisierung ist lebenslanges Lernen gefragt – und das muss im Sinne umfassender und nachhaltiger Entwicklung früh in Schulen gefördert werden.

Schulkinder in Sierra Leone im Jahr 2011.



Schytte/Unear

Hohe Schulabbruchsquoten zeigen zudem, dass die Qualität der Bildung mehr Augenmerk verdient und mehr Investitionen in Lehreraus- und -fortbildung erfordert. Es klafft auch immer noch eine große Schere auf zwischen Stadt und Land. Die vielen Konflikte auf der Welt erschweren die Lage zusätzlich, denn der Zerfall von Staatlichkeit macht Erfolge wieder zunichte.

Dass für Bildungserfolge Schulen allein nicht reichen, berücksichtigen auch die Sustainable Development Goals der UN Agenda 2030. Die Agenda fordert dazu auf, vernetzt zu denken, statt eindimensionale Lösungen zu suchen. Gut ernährte Kinder lernen besser. Finanziell abgesicherte Familien können ihren Kindern den Schulbesuch ermöglichen und müssen sie nicht nebenbei arbeiten lassen. Straßen und Wege werden gebraucht, damit Kinder zur Schule kommen.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Sie geht die gesamte Gesellschaft an, wie auch die Zukunftscharta, die unter breiter öffentlicher Mitwirkung entstanden ist, klarstellt. Unter Leitung des Bundeskanzleramts wird die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nun an der neuen Weltagenda ausgerichtet. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zudem mehrfach das Ziel bekräftigt, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für ODA (official development assistance) aufzuwenden.

Bildung als Menschenrecht und Schlüssel für Entwicklung wird für das BMZ dabei weiterhin ein Schwerpunkt bleiben. Zugleich werden andere Ziele wie die Beendigung von Hunger und extremer Armut, die Stärkung von Gesundheitssystemen sowie nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren hohen politischen Willen erfordern, um erreicht zu werden.

## Links:

**BMZ-Bildungsstrategie:** Gerechte Chancen auf hochwertige Bildung schaffen.

[http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/bildung/Strategiepapier315\\_1\\_2012.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/bildung/Strategiepapier315_1_2012.pdf)

## Zukunftscharta:

[http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie250\\_zukunftscharta.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie250_zukunftscharta.pdf)

## Niels Breyer



ist Referatsleiter beim Beauftragten für Nachhaltige Entwicklungsziele des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In diesem Kommentar vertritt er seinen persönlichen Standpunkt.

[niels.breyer@bmz.bund.de](mailto:niels.breyer@bmz.bund.de)

# Bildung für alle Kinder

Im Ng'ombe Township in der sambischen Hauptstadt Lusaka können viele Kinder nicht einmal die Grundschule besuchen, weil ihre Eltern die Gebühren nicht bezahlen können und weil es zu wenige staatliche Schulen gibt. Deshalb hat Frank Masanta Jr. die Sun-spring Charity School in Ng'ombe gegründet, die einen fast kostenlosen Schulbesuch bietet.

Von Frank Masanta Jr.

➔ Ng'ombe hat etwa 70000 Einwohner und ist eines der ärmsten Viertel im Bezirk Roma Ward 17. In Ng'ombe gibt es nur zwei staatliche Schulen, die beide überlaufen und unterfinanziert sind. Die staatlichen Schulen verlangen umgerechnet etwa 54 Euro pro Jahr und verlangen, dass die Kinder Schuluniformen tragen, die ihre Familien selbst bezahlen müssen. In einem Land mit einer Arbeitslosenrate von etwa 70 Prozent ist Geld knapp. Viele Eltern können sich das Schulgeld und die Zusatzkosten nicht leisten. Selbst die, die einen Job haben, verdienen meist weniger als 35 Euro im Monat. Auch ihnen fällt es schwer, die Schulkosten zu zahlen.

Die Lebensumstände in Ng'ombe sind schwierig. Die meisten Häuser haben nur einen Lehmbooden, viele haben kein fließendes Wasser und keinen Strom. Die Sanitäreinrichtungen sind unzureichend, was zu vielen Krankheiten führt (siehe Kasten, S. 20).

Die Armut ist sicherlich das Hauptproblem in Ng'ombe und diese hat unangenehme Folgen. Eltern, die sich die Schule nicht leisten können, schicken ihre Kinder oft arbeiten. Dabei ist einer der üblichsten Jobs für Kinder das Zerkleinern von großen Steinen für Baufirmen.

## Staatsversagen

Manche Leute versuchen ihre Kinder durch Kredite in der Schule zu halten, die die Schulen selbst verleihen. Oft können die Eltern dann aber die Raten nicht zurückzahlen. Häufig nehmen sie ihre Kinder dann von der Schule und versuchen das gleiche Spiel in einer anderen Einrichtung. Die Kinder werden demotiviert, weil sie nicht durchgängig lernen können. Eine andere Folge ist eine Kultur der Abhängigkeit: Die Leute beginnen Dinge zu erwarten, ohne dafür

Unterricht an der Sun-spring Charity School.



Müller

zu bezahlen oder etwas dafür tun zu müssen. Dieser Leistungsanspruch entzieht einer ohnehin armen Bevölkerungsschicht nur weitere Ressourcen.

Die Bevölkerung wünscht sich, dass die Regierung ausreichend Schulen zur Verfügung stellt. Auch die Agenda 2030 der Sustainable Development Goals (SDGs) impliziert, dass alle Kinder, auch an Orten wie Ng'ombe, eine Schulbildung erhalten sollen. Dennoch bleiben die Maßnahmen der sambischen Regierung inkonsistent und leidenschaftslos. Besonders Mädchen erhalten nicht die Schulbildung, die sie verdienen.

Den staatlichen Schulen fehlt es an Infrastruktur, Ausstattung und Personal. Auch Korruption ist ein großes Problem. Lehrer erwarten Bestechung und das verhindert eine gerechte und langfristige Ausbildung. Ein Lehrer verlangt etwa einen Sack Maismehl dafür, dass er die Abschlussprüfung eines Schülers korrigiert, damit dieser die nächste Klasse besuchen kann. Wenn die Familie kein Maismehl auftreiben kann, könnte die Schulkarriere ihres Kindes bereits zu Ende sein, bevor es die Grundschule beendet hat. Viele Familien sind deshalb von wohlthätigen Schulen abhängig. Aber auch dafür brauchen sie etwas Geld, das manche nicht haben.

Parteien – egal welche an der Macht ist – bevorzugen Maßnahmen, die handfest und sichtbar sind. Die Politiker wollen wiedergewählt werden. In Sambia hat das dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren Straßen und große Einkaufszentren gebaut wurden. Das Problem dabei ist, dass die meisten Sambier kein Auto besitzen und nur sehr wenige es sich leisten können, im Einkaufszentrum einzukaufen. Grundbildung

hingegen steht weit unten auf der Agenda der Politiker, da man die Ergebnisse nicht sehen oder anfassen kann.

Vor vier Jahren habe ich meinen Job verloren und konnte nicht mehr für die Schulbildung meiner drei Kinder bezahlen. Ich kannte einen Schulraum in Ng'ombe, der geschlossen und frei war. Ich hatte die Idee, die Schule wieder zu eröffnen und sie selbst zu betreiben. Der Eigentümer des Gebäudes willigte ein, aber um die Miete bezahlen zu können, musste ich Sponsoren im Viertel finden. Um das wenige Geld, das ich sammeln konnte, aufzubessern, habe ich meine Bücher verkauft und in Akkordarbeit Ziegelsteine produziert.

## Privates Engagement

Bald war ich in der Lage, die Sun-spring Charity School zu eröffnen und fing mit 15 Schülern an. Ihre Familien willigten in eine Gebühr von rund drei Dollar pro Jahr ein. Trotzdem musste ich noch zusätzliche Einnahmequellen finden. Zum Glück konnte ich die International School of Lusaka (ISL) für meine Sache gewinnen. Die ISL half uns mit Materialien aus und einige ihrer Schüler besuchten uns. Im Moment haben wir etwa 100 Schüler an unserer Charity School, aber die finanzielle Situation bleibt angespannt. Wir sind froh, Unterstützung von unserer Partnerschule in den Niederlanden, der American International School of Rotterdam, zu bekommen.

Es ist paradox, dass Sambier denken, dass eine Schule Geld haben muss, wenn Weiße involviert sind. Diese Einstellung ist gefährlich. Denn allzu oft glau-



**Kenneth Muller**

unterrichtet Englisch und Geschichte an der American International School of Rotterdam. Davor hat er für die International School of Lusaka (ISL) gearbeitet, wo er als Freiwilliger an der Sun-spring School unterrichtet hat. In den Niederlanden sammelt er regelmäßig Spenden für die Sun-spring Charity School und hat die Geschichte von Frank Masanta niedergeschrieben.  
[kenneth.muller@aisr.nl](mailto:kenneth.muller@aisr.nl)

## Verheerende Gesundheitsversorgung in Ng'ombe

Ng'ombe ist eines der ärmsten Viertel Lusakas. Die Gesundheitsversorgung ist mangelhaft, aber in Zusammenarbeit mit den Schulen kann sich etwas ändern.

Es gibt gemeinschaftliche Latrinen und Brunnen in Ng'ombe, aber in der Regenzeit läuft das Abwasser in die Brunnen und es kommt dann zu Bilharziose und anderen unerfreulichen Krankheiten. Tuberkulose ist ein ernstes Problem. Ng'ombe hat nur ein kleines Krankenhaus und versorgt fünf weitere Stadtteile. Es fehlt an Personal und zeitgemäßen Geräten. Eine alte Couch dient als Operationstisch und es gibt keine ausreichende Beleuchtung. Die Einrichtung ist klein und die Warteschlangen sind lang. Die Leute, die in der Klinik arbeiten, sind es gewohnt, zu improvisieren.

Der Klinikleiter Aignacious Bulongo ist ständig frustriert. Es ärgert ihn, dass sein Krankenhaus keinen Notstromgenerator hat, im Gegensatz zur Bar auf der

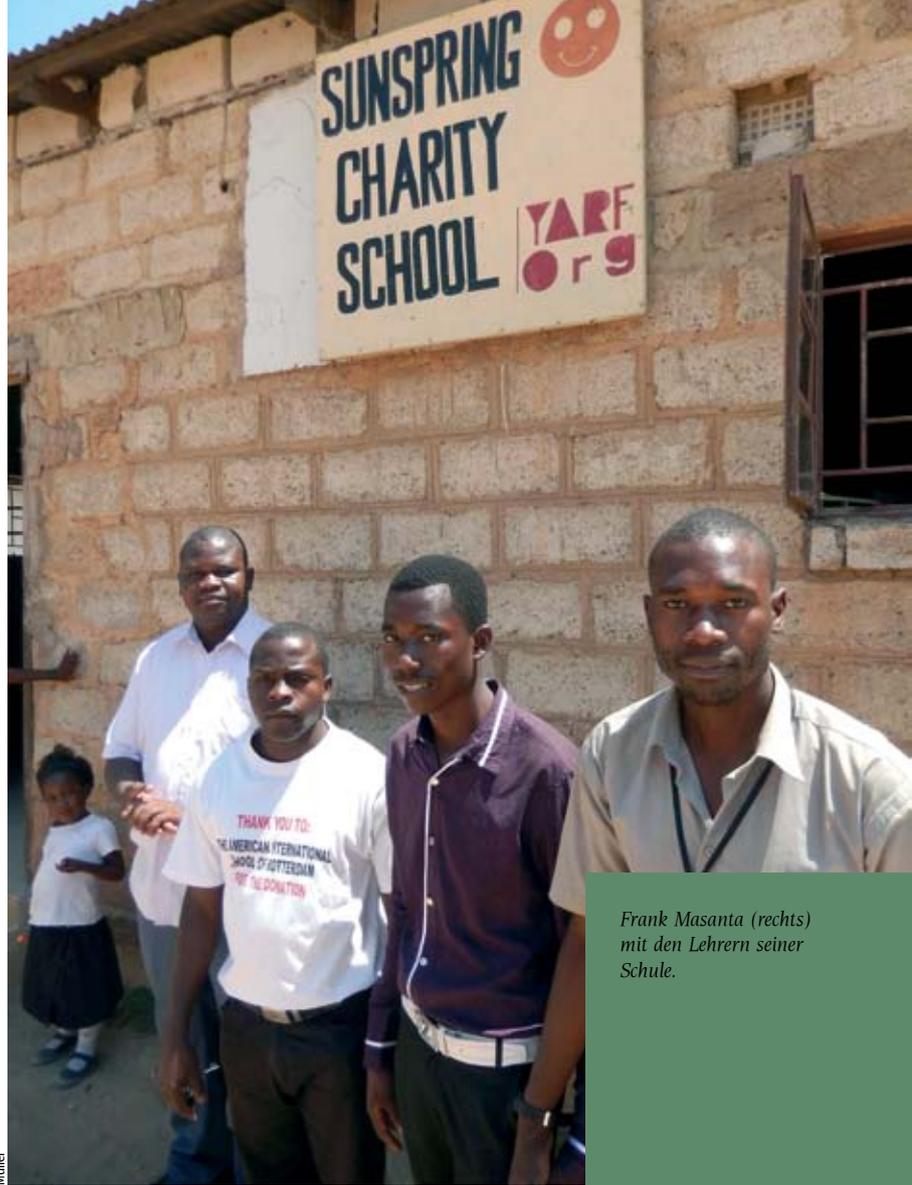
anderen Straßenseite. Er sorgt sich darum, welche Auswirkungen die Arbeitslosigkeit auf die Bevölkerung hat. Ohne Arbeit wird es jungen Leuten schnell langweilig. Sie sind frustriert, und das führt schnell zu Drogenmissbrauch und sexueller Promiskuität. Sein Team muss oft sexuell übertragbare Krankheiten behandeln.

Der Klinikchef Bulongo ist ein fürsorglicher Mann. Er weiß, dass Lehrer oft die Ersten sind, denen es auffällt, wenn Kinder krank sind. Deshalb arbeitet er mit Frank Masanta zusammen, um seine Lehrer zu sensibilisieren, dass sie typische Krankheitssymptome erkennen. So sollen die Kinder rechtzeitig behandelt werden. Die Kosten dafür kann das Nichtregierungsprogramm Angels of Mercy übernehmen. Dieses ist von der Healthy Kids/Bright Future Organisation finanziert in Zusammenarbeit mit dem nationalen Gesundheitsministerium und der Klinik von Ng'ombe. (fm)

ben die Leute, unsere Schule brauche keine Gebühren mehr.

Es ist mir außerdem gelungen, Sponsoren zu finden, die uns Fenster und Bodenfliesen im Schulgebäude bezahlt haben. Der Eigentümer hätte dafür dankbar sein sollen, aber er wollte gleich mehr Miete, weil das Gebäude nun mehr wert sei. Er sagte, er könne leicht einen Mieter finden, der mehr bezahlen würde. Glücklicherweise konnte ich ihn davon überzeugen, dass dies unmenschlich und ausbeuterisch wäre. Außerdem erinnerte ich ihn an eine Absprache, die wir unterzeichnet hatten, dass er weder die Miete erhöhen noch die Schule rausschmeißen dürfe, solange sie in Betrieb ist.

Mit der Eröffnung der Schule musste ich auch ein Aufnahmeverfahren entwickeln. Ich bin in Kontakt mit Beatrice Malembeka vom Ng'ombe Ward Development Committee, die mit dem Stadtrat von Lusaka zusammenarbeitet. Beatrice und ich suchen nun gemeinsam die bedürftigsten Kinder des Stadtteils aus und wir besuchen sie auch zu Hause. Wir nehmen die Kinder auf, für die der Besuch an einer staatlichen oder Gemeindeschule nicht möglich ist. Das Problem ist, dass rund die Hälfte von ihnen nicht in der Lage ist, die ohnehin sehr geringen Gebühren zu bezahlen. Deshalb beschloss die Schule, 70 Prozent der Schüler kostenlos aufzunehmen. Die verbleibenden 30 Prozent mit finanziell besserem Hintergrund tragen mit ihren Gebühren dazu bei, dass auch ärmere Kinder eine Schule besuchen können. Spenden von Organisationen wie der American International School of Rotterdam helfen uns, die laufenden Kosten der Schule zu decken.



Frank Masanta (rechts) mit den Lehrern seiner Schule.

## Respekt und gute Manieren

Die Sun-spring Charity School möchte eine möglichst breite Schulbildung vermitteln und hofft darauf, irgendwann die Unterstützung der Regierung zu bekommen. Deshalb beachten wir den nationalen Lehrplan von Sambia mit einem Schwerpunkt auf Englisch, Naturwissenschaft und Mathematik. Unseren Kindern fehlen jedoch Schulbücher und manchmal ist es sogar schwer, ein Stück Kreide zu finden. Unser Team bemüht sich dennoch, allen Kindern von Ng'ombe Lesen und Schreiben beizubringen. Das Oberziel ist es, dass alle die Grundschulbildung nach sieben Jahrgangsstufen abschließen.

Viele unserer Lehrer sind Jugendliche des Viertels, die freiwillig bei uns arbeiten, weil sie etwas verändern wollen. Manchmal bleiben sie nur für ein paar Monate und suchen sich dann einen besser bezahlten Job. Dennoch trägt die Schule dazu bei, Arbeitsplätze für gering qualifizierte Jugendliche zu schaffen, und hilft ihnen, Arbeitserfahrung zu sammeln. Das einzige Problem ist, dass sie keine ausgebildeten Lehrer sind.

Ich habe eine Kampagne namens Actions for Children Together (ACT) ins Leben gerufen, die sich für eine Schulbildung für alle Kinder starkmacht. Mit der Kampagne rufe ich zu gemeinschaftlichen Aktivitäten auf wie öffentlichen Märschen oder Theaterstücken für Kinder. In diesem Zusammenhang haben wir auch eine Initiative Teachers for All (TfA) ins Leben gerufen, die Jugendliche dazu aufruft, freiwillig als Lehrer zu arbeiten. In Zusammenarbeit mit der International School of Lusaka (ISL) vermitteln wir ihnen das Basiswissen für den Lehrerberuf. So können wir auch dem Lehrermangel Abhilfe schaffen.

Neben der schulischen Bildung liegt der Sun-spring Charity School auch die soziale Bildung am Herzen. Wir vermitteln, wie wichtig Respekt und gute Manieren sind. Unsere Arbeit bekommt immer mehr Aufmerksamkeit im Viertel. Und es ist sogar noch wichtiger, dass Sun-spring den Kindern eine sichere Zuflucht vor den Missständen bietet, die in den Armenvierteln herrschen. ←

### Link:

Facebook-Seite der Sun-spring Charity School:

<https://www.facebook.com/Sun-spring-Charity-School-150168021809120/>



**Frank Masanta Jr.** ist ein sozialer Unternehmer und Aktivist in Sambia. Er hat die Sun-spring Charity School 2011 gegründet.  
[frankmasanta,jr@gmail.com](mailto:frankmasanta,jr@gmail.com)



Modellschule gibt Anweisungen zur Mülltrennung auf Quechua.

# Bilinguale Bildung

Lateinamerika leidet bis heute an den Folgen des Kolonialismus, so auch in der Sprachenpolitik. Den Indios wurde ihre eigene Sprache und Kultur genommen, ihre Kinder konnten dem spanischsprachigen Unterricht nicht folgen. In Bolivien arbeiten Schulen nun mit zwei Sprachen.

Von Linda Vierecke und Christoph Peters

➔ „Unser Schulsystem produzierte unentwegt Analphabeten, lebenslang stigmatisiert als ungebildete Indios und Bürger zweiter Klasse. Die Folge waren entwurzelte Menschen, die weder in der indigenen noch in der dominanten Kultur heimisch waren.“ Das sagt der Linguist Vidal Arratía von der staatlichen Universität San Simón in Cochabamba.

In Bolivien, wo 60 Prozent der Bevölkerung Indigene sind, wurde Anfang der 70er Jahre der Protest gegen das fremdbestimmte Schulsystem immer lauter. Im Hochland ansässige Angehörige der Aymara-Volksgruppe nahmen ihre Schulbildung selbst in die Hand. „Viele Aymaras waren der Meinung, dass ihnen die Schule ihre Kinder wegnimmt“, erzählt Arratía, „denn die Schule vermittelte

andere Werte. Wir aber wollten, dass unsere Kinder in der Schule auch lernen, ihre eigene Kultur zu schätzen.“

Deshalb wurde die Educación Intercultural Bilingüe entwickelt. Diese Art von Unterricht führt auch zu besseren Spanisch- und Fremdsprachenkenntnissen. „Neuere Studien zeigen zudem, wie wichtig interkulturelle zweisprachige Bildung für die Identitätsbildung und Lernmotivation der jungen Indígenas ist“, sagt Arratía. Das sei der wichtigste Aspekt.

Das Konzept passt zum heutigen Bolivien. Präsident Evo Morales hat die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Die 2009 verabschiedete Verfassung des Plurinationalen Staates legt 37 Amtssprachen auf nationaler Ebene fest. Auf regionaler Ebene gibt es jeweils mindestens eine indigene Amtssprache.

Das neue Bildungsgesetz „La Ley 070 Avelino Siñani Elizardo Pérez“ wurde unter Beteiligung der indigenen Bildungsräte im Dezember 2010 verabschiedet. Es sieht sogar Dreisprachigkeit vor, zumindest als Sprachunterricht: Englisch, Spanisch und jeweils eine indigene Sprache. Bislang aber wurde das Gesetz noch nicht umgesetzt.

## Anspruch und Wirklichkeit

In der Realität klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Noch immer ist Spanisch die alles beherrschende Sprache. „Wer in Bolivien etwas werden will und vom Land in die Stadt geht, muss Spanisch sprechen“, erklärt Arratía. „Hier in Cochabamba, immerhin eine 600 000-Einwohner-Stadt, gibt es de facto keine bilingualen Schulen, in denen eine indigene Sprache gleichrangig gelehrt wird.“ Der Unterricht werde auf Spanisch durchgeführt, an privaten Schulen oft auch komplett auf Englisch.

Tatsächlich wollen viele junge Bolivianer später am liebsten in Argentinien, Chile oder den USA stu-

dieren. Was nützt ihnen da Quechua oder Aymara? Und nicht alle Eltern befürworten bilinguale und interkulturelle Lehrpläne. Einige fürchten, dass ihre Kinder nicht gut genug Spanisch lernen, um einen „ordentlichen“ Beruf ergreifen zu können.

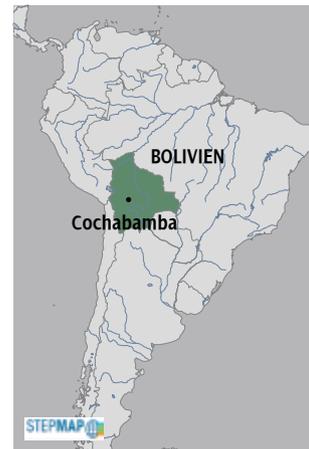
Wer die Educación Intercultural Bilingüe in der Praxis erleben will, muss in Bolivien auf das Land fahren. Ein Beispiel: Llavini, ein kleines Dorf mit nicht mehr als 50 Familien an der Fernstraße von Cochabamba nach Oruro. Die Menschen hier sprechen Quechua und gehören nach den Aymara zur zweitgrößten indigenen Volksgruppe Boliviens. Das „Instituto de la Lengua y Cultura de la Nación Quechua“ hat die kleine Dorfschule zum Modellprojekt erklärt. Es soll zeigen, dass der zweisprachige Ansatz funktioniert.

„Wir wollen Quechua zur verschriftlichten Sprache machen“, erklärt Fatima Camacho, die für das Institut Lehrer evaluiert und berät. Es habe sich immer mehr Spanisch in das Vokabular geschlichen. „Bis zu 30 Prozent sind es heute.“

In der dritten Klasse fragt Lehrerin Mirtha Pacheco auf Spanisch: „Was ist acht mal fünf?“ „Cuarenta!“, rufen 18 Kinder. Fragt sie auf Quechua, antworten die Kinder problemlos in der indigenen Sprache.

Normalerweise sind Quechua oder Aymara in den bolivianischen Schulen „Übergangssprachen“. Ab dem vierten Schuljahr wird ausschließlich auf Spanisch unterrichtet. Das nennt man „Bilinguismo de transición“. Die Dorfschule von Llavini soll mehr erreichen. Ziel ist ein „Bilinguismo de mantenimiento“, also Erhaltungsbilinguismus. Die Zweisprachigkeit soll über die gesamte Schulzeit in allen Fächern erhalten bleiben.

Dafür mangelt es aber an geeigneten Unterrichtsmaterialien. Schuldirektor Tito Delgado würde das gerne ändern: „Ich wünsche mir eine Bibliothek mit lauter Büchern auf Quechua. Für die Kinder. Aber auch für die ganze Gemeinde von Llavini.“



Linda Vierecke  
lebt als Journalistin in  
Cochabamba.  
vierecke@gmail.com

## Die drei Formen der Educación Intercultural Bilingüe

**Zweisprachigkeit des Übergangs** (educación bilingüe de transición): Die indigene Sprache wird nur als Brücke zum Erwerb der spanischen Sprache benutzt und findet ab dem 2. oder 3. Schuljahr keine Verwendung mehr.

**Zweisprachigkeit zur gleichberechtigten Sprachentwicklung** (educación bilingüe de mantenimiento y desarrollo), gemäß der die Schüler und Schülerinnen schriftliche und mündliche Kommunikation sowohl in ihrer indigenen Sprache als auch in der Nationalsprache entwickeln.

**Zweisprachigkeit zur gegenseitigen Bereicherung** (educación bilingüe de enriquecimiento), gemäß der beide Sprachen gleichberechtigt in allen Schulstufen genutzt werden und sich weiterentwickeln. Hierzu gehört auch, die indigene Sprache als Zweitsprache der einsprachigen Schülerschaft anzubieten.

### Quelle:

López, L. E., 2009: Reaching the unreached: Indigenous intercultural bilingual education in Latin America. Paper commissioned for the EFA Global Monitoring Report 2010: Reaching the marginalized.

Eine weitere Herausforderung ist, dass es in Bolivien noch nicht genügend in indigenen Sprachen ausgebildete Lehrer gibt (siehe Artikel unten). Trotz aller Schwierigkeiten ist die Modellschule in Llavini ein ermutigendes Beispiel für gelingende bilinguale Erziehung in Bolivien. Auch in Ländern wie Guatemala und Ecuador gibt es schon jetzt viele Lehrkräfte, die zweisprachigen Unterricht geben könnten.

Eine wirklich flächendeckende interkulturelle bilinguale Erziehung gibt es an bolivianischen Schulen nicht. Lediglich die ländlichen Regionen versuchen eine Zweisprachigkeit des Übergangs umzuset-

zen. Die fortschrittliche politische Verfassung und die gesellschaftliche Realität klaffen weit auseinander.

Derweil wird in La Paz sogar über die gesetzliche Verankerung des „Bilinguismo de enriquecimiento“ diskutiert. Dieses ehrgeizige didaktische Konzept der „kulturellen Bereicherung für alle“ sieht vor, dass jeder Bolivianer, also auch die Spanisch sprechenden Muttersprachler, verpflichtend eine indigene Sprache lernen müssen. Das Konzept ist Teil der UNESCO-Strategie, indigene Sprache als Teil der National- und Weltkultur aktiv zu erhalten. Boliviens Idealismus ist also auf einem guten Wege. Die politische Praxis aber hinkt deutlich hinterher. ←

## Bilinguale Lehrerausbildung

David Coca Coyo sitzt schüchtern zwischen vier kichernden jungen Frauen im Lehrerseminar einer staatlichen Schule in Bolivien. Sie alle sind im dritten Studienjahr und wollen später an Grundschulen auch indigene Sprachen unterrichten. Heute steht Quechua auf dem Stundenplan. „Schüler wie David sind eine große Hilfe – er spricht perfekt Quechua und manchmal frage ich ihn nach der korrekten Aussprache“, sagt Lehrerin Christina Prado.

David kommt aus einem Dorf und spricht mit seinen Eltern nur Quechua. Erst in der Schule hat er Spanisch gelernt. Quechua ist Pflichtfach für angehende Lehrer, denn der plurikulturelle bolivianische

Staat legt Wert darauf, dass grundsätzlich alle Kinder auch in der Schule in ihrer Muttersprache angesprochen werden (siehe Artikel oben). Es gibt für die angehenden Lehrer aber nur vier Unterrichtsstunden pro Woche – zu wenig, um die indigene Sprache richtig zu lernen. Als Lehrer sollen die Studenten später aber sogar andere Fächer auf Quechua unterrichten. „In den ländlichen Grundschulen wird noch auf Quechua unterrichtet, aber sobald der Lehrstoff schwieriger wird, steigen die meisten Lehrer auf Spanisch um“, erzählt David.

Er weiß, dass noch einiges fehlt, bis das Konzept einer zweispra-

chigen interkulturellen Bildung aufgeht. „Es geht nicht darum, unbedingt nur noch Quechua zu unterrichten, sondern beide Sprachen gleichwertig zu verwenden“, erläutert David seine Sicht der Dinge. Für ihn ist es aber schon ein Gewinn, dass seine Kommilitonen überhaupt Quechua lernen. „Früher war es mir peinlich, meine Sprache zu sprechen. Heute spreche ich sie mit Stolz!“ David will sich hier ausbilden lassen und dann später zurück in sein Heimatdorf gehen, um an seiner ehemaligen Grundschule zu unterrichten. Die meisten Lehramtsstudenten aber werden wohl an die Stadtschulen gehen und auf Spanisch unterrichten. (lv/cp)

David Coca Coyo will später in seinem Heimatdorf auf Quechua unterrichten.



**Christoph Peters**  
ist freier Journalist und Medien-Dozent und lebt in Cochabamba.  
[drcjpeters@gmail.com](mailto:drcjpeters@gmail.com)



Veretle

# Mehr als die Heilige Schrift

Muslimische Eltern im Libanon, die Wert auf religiöse Erziehung legen, schicken ihre Kinder zum Koranunterricht in private Vereine oder in Moscheen. An staatlichen Schulen kommt er nur am Rande vor.

## Von Mona Naggar

➔ Auswendig rezitiert Danya mit melodischer Stimme einige Verse aus dem Koran. Die 15-Jährige sitzt mit einem weiteren gleichaltrigen Mädchen in einem kleinen, hellen Klassenraum. Hier erhalten sie jeden Samstag Koranunterricht. Danya mag den Unterricht. Sie ist ehrgeizig und hat das Ziel, das gesamte heilige Buch auswendig zu können. Aber auch der Inhalt interessiert sie. Das Mädchen möchte gerne erfahren, welche Gebote in dem Buch stehen.

„Ibad Al-Rahman“ (Diener des Barmherzigen) ist ein islamischer Verein in Beirut, der Kinder und Jugendliche ermutigen will, den Koran zu verstehen, zu rezitieren und auswendig zu lernen. Ahmad Hourri ist Generalsekretär des Vereins. Er betont, dass sowohl das Herz als auch der Verstand angesprochen werden sollen.

Die 28-jährige Lehrerin Khadija Ajjawi war früher selbst hier Schülerin. Sie erklärt, dass zwar der Koran im Mittelpunkt des Unterrichts stehe, aber auch andere Themen behandelt würden, die für die Jugendlichen relevant sind, etwa der Umgang mit sozialen Netzwerken. Der Verein bietet auch sportliche Aktivitäten für alle Altersstufen. Politik dagegen ist bei „Ibad Al-Rahman“ tabu. Der Unterricht ist kostenlos. 130 Schülerinnen besuchen den Verein, der in einem belebten Einkaufsviertel im Westen Beiruts liegt.

## In der Schule Nebensache

Muslimische Eltern im Libanon, die Wert auf religiöse Erziehung legen, schicken ihre Kinder zu privaten religiösen Vereinen wie „Ibad Al-Rahman“ oder in Moscheen, die Koranunterricht anbieten. Religionsunterricht gehört an staatlichen Schulen nicht zu den Kernfächern. Muhiyeddin Bayoun, verantwortlich für den sunnitischen Religionsunterricht beim Amt für religiöse Stiftungen in Beirut, erklärt, dass Religionsunterricht den gleichen Stellenwert wie Sport und Kunst habe. Er findet einmal in der Woche statt und behandelt den Islam nur ganz allgemein. Zeit, den

Koran auswendig zu lernen oder alle für die Rezitation notwendigen Regeln zu kennen, bleibe da nicht.

Die libanesische Verfassung garantiert Religionsfreiheit. Der Staat sichert den im Land anerkannten Konfessionen die Ausübung ihrer Riten zu und stellt sie unter seinen Schutz. Er hat ihnen die Abhaltung von Religionsunterricht an staatlichen Schulen in den Gebieten übertragen, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Die Verfassung erlaubt den Religionsgemeinschaften zudem, konfessionelle Privatschulen zu betreiben.

## Unterricht für Flüchtlinge

Ungefähr die Hälfte der Schülerinnen bei „Ibad Al-Rahman“ in Beirut sind Syrerinnen. Sie besuchen die gleichen Koranklassen wie ihre libanesischen Mitschülerinnen.

Seit Beginn der Flüchtlingskrise im Libanon engagieren sich auch islamische Vereine bei der Versorgung von Syrern. Es geht in erster Linie um humanitäre Hilfe, aber auch um informelle Bildung für syrische Kinder. Auf dem Programm stehen Mathematik, Arabisch und Koranunterricht. Finanziert werden die Bildungsangebote über Zakat, die islamische Almosensteuer, und über Spenden aus den Golfländern. Aber es gibt Befürchtungen, dass radikale islamistische Gruppierungen über den Religionsunterricht eine ideologisierte Form des Islams unter Syrern im Libanon verbreiten, wie Sarah Hasselbarth in ihrer 2014 erschienenen Studie „Islamic Charity“ schreibt (siehe Beitrag von Martina Sabra in E+Z/D+C e-Paper 2015/09, S. 25 ff.).

Bayoun sieht die Lösung in einem größeren Engagement seiner Institution für die Syrer im Land. Er schlägt eine Zusammenarbeit zwischen dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR und den Moscheegemeinden in den Gebieten vor, in denen sich die meisten Flüchtlinge aufhalten. Die Moscheen könnten in ihren Räumen drei bis vier Stunden täglich die wichtigsten Fächer unterrichten und zusätz-



## Mischung aus Grund- und Koranschule

Im Libanon und in anderen arabischen Ländern sind die religiöse Erziehung und die Institutionen, die sie betreiben, Produkte von Strukturen und Traditionen, die seit Jahrhunderten gewachsen sind. Lange war die Institution der „Kuttab“, eine Mischung aus Grund- und Koranschule, für die Bildung von Kindern verantwortlich. Der Prediger war gleichzeitig Lehrer. Er wies Kinder und Jugendliche in die Grundlagen des Lesens und Schreibens ein und unterrichtete den Koran und die Überlieferungen des Propheten Mohammed. Zuweilen standen auch arabische Grammatik und Mathematik auf dem Lehrplan. Die „Kuttab“ waren oft an Moscheen angeschlossen. Bildung und Religion waren in der islamischen Welt räumlich eng miteinander verbunden.

Im Zuge der Dekolonialisierung und Bildung der Nationalstaaten wurden die „Kuttab“ von Schulen nach westlichem

Vorbild verdrängt. Als Bildungsinstrument für weltliche Bildung hat die Institution der „Kuttab“ heute keine Bedeutung mehr. In fast allen arabischen Ländern ist der Staat für den Religionsunterricht in den Schulen verantwortlich. Überlebt hat die Tradition der Koranschulen an Moscheen sowie in Form islamischer Vereine, die neben der Vermittlung des Islams noch viele andere Aufgaben übernehmen.

Die Al-Azhar in Kairo ist weltweit eine der ältesten Stätten islamischer Gelehrsamkeit, mit einer über tausendjährigen Geschichte. Die Al-Azhar plant nun, die Institution der „Kuttab“ auszubauen. Nach ihrem Willen soll die religiöse Erziehung für alle Altersstufen wieder verstärkt in den Moscheen stattfinden und von Predigern der Al-Azhar geleitet werden.

Die ägyptische Politologin Reham Mokbel vermutet, dass die altehrwürdige Hochschule die Kontrolle über die Moscheen und die religiöse Erziehung in Ägypten wieder zurückgewinnen möchte, nach-

dem radikale islamische Gruppierungen in den vergangenen Jahren ihr Netzwerk an Koranschulen stark ausgebaut haben. Außerdem bemüht sich die Al-Azhar, den religiösen Diskurs zu modernisieren. Mohamed Muhanna von der Hochschule erklärt, dass über den Ausbau der „Kuttab“ die moderate Auslegung des Islams, die von Al-Azhar vertreten wird, wieder mehr Gewicht bekommen soll. In den „Kuttab“ lernten die Schüler den Koran nicht nur auswendig, sondern auch, ihn zu verstehen. Zudem sollten sie die Möglichkeit zu weiterführenden religiösen Studien haben.

Es gibt allerdings auch kritische Stimmen, die dem Vorhaben der Al-Azhar skeptisch gegenüberstehen. Georges Fahmy vom Thinktank Carnegie Endowment for International Peace meint, dass der Erfolg dieses Schrittes davon abhängen werde, inwieweit die Imame, die die Koranschulen leiten und die Kinder unterrichten, pädagogisch adäquat ausgebildet sein werden. (mn)

An der Al-Azhar-Universität in Kairo wird seit Jahrhunderten der Islam gelehrt.



Kairo, Al Azhar-University.

Milleurs baisers.  
H. D.



AA/picture-alliance

Muslime im Libanon:  
Wer Wert auf religiöse  
Erziehung legt, schickt  
seine Kinder in  
Koranschulen.

lich syrische Lehrer anstellen: „Auf diese Weise würden wir sicher 100 000 Kindern helfen und sie von der Straße holen. Wir könnten Arabisch, Englisch, Mathematik und islamischen Religionsunterricht anbieten.“ Bayoun fordert vom sunnitischen Amt für religiöse Stiftungen, die Initiative zu ergreifen – es habe die moralische Verantwortung für seine sunnitischen Glaubensbrüder und -schwestern.

## Wahhabitische Lehre in Tunesien

In Tunesien sorgen islamische Vereine und die von ihnen betriebenen Koranschulen seit 2011 für hitzige Diskussionen. Nach dem Sturz von Präsident Ben Ali und der politischen Öffnung des Landes gibt es einen Gründungsboom von Vereinen, auch von islamischen. Deren Ziele sind vielfältig. Sie dienen als verlängerter Arm von Parteien, übernehmen karitative Aufgaben oder versuchen, ihre Auslegung des Islams zu verbreiten. Koranschulen sind ein probates Mittel dazu.

Für viel Aufsehen sorgte der Bericht der tunesischen Journalistin Hanan Zbeis über Kindergärten, die von diversen islamischen Vereinen betrieben wer-

den. Die Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter, die Zbeis untersucht hat, bringen den Kindern nicht nur das ABC und den Koran nahe, sondern erziehen sie in der strengen wahhabitischen Form des Islams. Zbeis befragte auch Eltern, die ihre Kinder in diese Koranschulen schicken. Einige von ihnen waren nichtpraktizierende Muslime, sondern hatten sich für Koranschulen entschieden, weil sie „Vertrauen in die frommen Erzieherinnen“ hätten und weil „diese Kindergärten billiger als andere“ seien. ←

### Literatur:

**Mokbel, R., 2015:** Al-Azhar rethinks primary school teaching to encourage modernization. In Al-Monitor, 14. Juli 2015.

<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/07/egypt-azhar-quran-school-katateeb-update-modernize-curricula.html#ixzz3q33GuM4H>

### Links:

**Hasselbarth, S., 2014:** Islamic Charities in the Syrian Context in Jordan and Lebanon. FES.

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/beirut/10620.pdf>

**Islamische Kindergärten in Tunesien (auf Arabisch):**

<http://arij.net/report/%D8%B1%D9%8A%D8%A7%D8%B6-%D8%A7%D9%84%D8%A3%D8%B7%D9%81%D8%A7%D9%84-%D8%A7%D9%84%D9%82%D8%B1%D8%A2%D9%86%D9%8A%D8%A9-%D9%81%D9%8A-%D8%AA%D9%88%D9%86%D8%B3-%D9%85%D8%AE%D8%AA%D8%A8%D8%B1-%D9%84%D8%AA/>



**Mona Naggar**

ist Journalistin und Medien-trainerin. Sie lebt in Beirut.

[mona.naggar@googlemail.com](mailto:mona.naggar@googlemail.com)

# Schulpartnerschaft mit Palästina

Internationale Schulpartnerschaften sind in Deutschland sehr beliebt. Vor allem weiterführende Schulen bieten sie zur Völkerverständigung und zum Sprachenlernen an. Eine Kölner Grundschule aber hat es auch mit jüngeren Schülern gewagt und dafür keineswegs ein leichtes Ziel ausgesucht: Nach über zehn Jahren Partnerschaft mit einer Schule in Bethlehem machte sie sogar einen Schüleraustausch nach Palästina. Der damalige Schulleiter Martin Verfürth berichtet.

## Von Martin Verfürth

➔ Bethlehem – der Name dieser kleinen Stadt in Palästina löst bei vielen Menschen unseres Landes Emotionen aus. Erinnerungen an die Weihnachtsgeschichte werden wach. Aber ist nicht unser Kinderarzt ein Palästinenser, und hat er uns nicht letztendlich erst von den Grenzkontrollen erzählt?

So ging es mir, als die Stadt Köln 1996 eine Städtepartnerschaft mit Bethlehem beschloss. Damals bestand große Hoffnung bei den Menschen der Region: Zwei Jahre zuvor hatten Israels damaliger Ministerpräsident Jitzhak Rabin, sein Außenminister Schimon Peres und Palästinenserpräsident Jassir Arafat den Friedensnobelpreis erhalten. Ich war Schulleiter an der Kölner Grundschule Irisweg und elektrisiert von dem Gedanken, mit dieser Stadt eine Schulpartnerschaft zu begründen. Wie bereichernd würde es für unsere Schüler sein, mit Kindern aus einem so anderen Land in Kontakt zu kommen.

Mit Hilfe der Stadt Köln und des Städtepartnerschaftsvereins waren die Kontakte schnell geknüpft. Und als wenige Monate später die Schulrätin für die palästinensischen Autonomiegebiete, Viola Raheb, unsere Schule besuchte, begeisterte sie mit Herzlichkeit, Engagement und Freude die gesamte Schulgemeinschaft. Sie überzeugte selbst die Skeptiker, hatten wir uns doch auch des Vorwurfs des Antisemitismus erwehren müssen. Und so begannen wir, eine Schulpartnerschaft mit der Dar-Al-Kalima-Schule in Bethlehem zu planen.

Die deutsche Grundschule Irisweg ist eine staatliche Schule für Kinder der Primarstufe, also im Alter von etwa sechs bis zehn Jahren. Die Dar-Al-Kalima-Schule hingegen, eine Einrichtung der Evangelisch-lutherischen Gemeinde, begleitet ihre Schüler vom Kindergarten bis zur 12. Klasse. Gemeinsam arbeiteten wir ein Konzept für unsere Partnerschaft mit folgenden Leitsätzen aus:

- Wir begegnen uns auf Augenhöhe, nicht: hier Geberland – dort Entwicklungsland.
- Wir tauschen themenbezogene Materialien zu Land, Kultur, Religion und Alltag aus und setzen sie in unserem Unterricht ein.
- Wir berichten unserer Partnerschule vom Unterricht, dem Schulleben, den Festen.
- Wir nutzen alle möglichen Wege der Kommunikation: Post, Internet, Telefon, Fax.
- Ein regelmäßiger Lehreraustausch soll stattfinden, ebenso Schüleraustauschprogramme je nach politischer Lage.

Am 6. 10. 1999 wurde die Vereinbarung offiziell unterzeichnet: Es war die erste Partnerschaft einer Kölner Grundschule mit einer palästinensischen Schule. Mittlerweile hält sie seit über 15 Jahren und hat auch schwierige politische Zeiten überstanden.

## Wer Gastfreundschaft nicht schön findet

Wir schrieben uns von da an regelmäßig und starteten gemeinsame Projekte – wie zum Beispiel zum Thema „Wie leben Kinder, getrennt durch eine Mauer?“, das auf die Mauer in Deutschland vor 1989 und den Mauerbau in Bethlehem Bezug nahm. Das eigentliche Herzstück von Schulpartnerschaften aber sind persönliche Begegnungen. Diese waren angesichts der politischen Lage aber lange kaum möglich (siehe Kasten).

Erst nach über 10 Jahren Partnerschaft, im Dezember 2010, fand zum ersten Mal ein Schüleraustausch statt. Zehn Schüler aus Bethlehem kamen zu uns, lebten bei Gastfamilien, nahmen vormittags am Unterricht teil und nachmittags an einem Freizeit- und Kulturprogramm. Die Erfahrung war so wunderbar, dass wir sofort einen Gegenbesuch vereinbarten.

Das Austauschprojekt wurde sogar gefördert und unterstützt vom Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen. Aber: Kann man mit Grundschulern in den Nahen Osten reisen?

Viele Eltern hatten Sorge, ihre noch sehr jungen Kinder so weit weg reisen zu lassen und noch dazu in eine Krisenregion. Die zündende Idee hatten sie aber schließlich selber: Sie boten an, ebenfalls mitzufahren. Die Kinder sollten in den Gastfamilien leben, während die Erwachsenen im Gästehaus der Schule untergebracht wurden. So war es ein richtiger Schüleraustausch – aber für den Notfall war immer ein Elternteil in der Nähe.

So stiegen wir am 9. 10. 2011 in den Flieger nach Tel Aviv, zehn Kinder, acht Mütter, zwei Lehrerinnen und ich: der Beginn einer unglaublichen Erfahrung. Wir hätten sicher 50 Kinder mitnehmen können, so groß war das Interesse unserer Gastschule an

der Aufnahme unserer Kinder. Vormittags nahmen sie am Unterricht teil, nachmittags machten sie gemeinsame Aktionen, Exkursionen und Familienprogramm.

Trotz aller Bedenken, wie es den Kindern in den Gastfamilien ergehen würde, kamen sie dort wunderbar zurecht. Kinder können sich auch ohne gemeinsame Sprache erstaunlich gut verstehen und ausgelassen zusammen spielen. „Zain und ihre Familie waren sehr nett zu uns und haben uns sogar noch extra Bettwäsche und ein neues Bett gekauft“, schrieb Inka, 9 Jahre, nach der Reise. „Wer die Gastfreundschaft nicht schön findet, dem ist meiner Meinung nach nicht mehr zu helfen. Also ich und meine Mutter haben bestimmt 20 Kilo zugenommen. Wir hatten sehr viel Spaß, haben viel gelacht und tolle arabische Lieder gesungen. Ich hoffe, ich sehe meine palästinensische Freundin bald wieder und wir können wieder zusammen lachen.“



*Deutsche und palästinensische Grundschüler spielen gemeinsam im Pausenhof der Dar-Al-Kalima-Schule in Bethlehem beim Schüleraustausch 2011.*

## Apfelbäumchen gegen Panzer

Im Jahr 2000 wurden unsere Partnerschaftsaktivitäten jäh unterbrochen. Im September sollte eigentlich ein erster kleiner Austausch stattfinden: Mit einigen Lehrern, Schülern und Elternvertretern wollten wir in unserer Partnerschule eine von Schülern gestaltete Ausstellung über Köln und unser Schulleben aufbauen. Am Tag unserer Ankunft aber ging mittags Ariel Scharon auf den Tempelberg, was die Unruhen der 2. Al-Aqsa-Intifada auslöste. Die Dar-Al-Kalima-Schule wurde tags darauf aus Sicherheitsgründen geschlossen, später von israelischen Soldaten besetzt und dabei teilweise zerstört. Es begann der Bau der Mauer um Bethlehem. Zwar haben wir die Ausstellung noch aufgebaut, aber zu einer Begegnung mit Schülern, Lehrern oder Eltern kam es nicht.

Unter diesen erschwerten Bedingungen die Partnerschaft aufrechtzuerhalten kostete viel Kraft, Mut und Kreativität. Auf einmal mussten wir auch politisch Position bekennen. Wir haben uns für ein Leben in Frieden, körperlicher Unversehrtheit und Selbstbestimmtheit ausgesprochen. Auch die Schwerpunktsetzung der Partnerschaft änderte sich. Erschüttert durch die Geschehnisse starteten Schüler, Eltern und Lehrer eine beispiellose Reihe von Unterstützungsprojekten: Wir schickten Solidaritäts-Mails, veröffentlichten Berichte in Tageszeitungen, die Schüler gaben Radiointerviews für WDR und Deutschlandfunk, wir veranstalteten Lichterketten um die Schule und um den Kölner Dom, schrieben Briefe und Protestnoten an Politiker und Botschaften, machten Straßensammlungen und spendeten unserer Partnerschule schließlich symbolisch einen Apfelbaum.

Dieser Apfelbaum hat die Besetzung der Partnerschule heil überstanden. Im Dezember 2002 ging die

Ausstellung „Apfelbäumchen gegen Panzer – Deutsch-palästinensische Partnerschaft im Zeichen des Nahost-Konfliktes“ mit Fotos, Bildern und Texten von Schülern aus beiden Schulen auf Reise durch Schulen Kölns.

Als sich das Leben in Bethlehem an die neuen Bedingungen angepasst hatte, lief auch der Kontakt zur Schule wieder in gewohnten Bahnen. 2003 starteten wir ein neues Projekt: den gemeinsamen Aufbau von Schulgärten. Mit einem Spenden-Marathon wollten unsere Schüler die Entfernung zwischen Köln und Bethlehem symbolisch überwinden und das Geld der Partnerschule übergeben. Vier Jahre später, im April 2007, war der Schulgarten fertig: Der mit unseren Spenden errichtete Teil heißt „Kölner Garten“. Darin steht auch unser Apfelbäumchen aus dem Jahr 2000. (mv)



Martin Verfürth



Martin Verfürth

Jerusalembesuch während eines Schüleraustausches zwischen der deutschen Grundschule Irisweg und der Dar-Al-Kalima-Schule in Bethlehem 2011.

Einige Familien haben bis heute Kontakt gehalten und besuchen sich weiterhin gegenseitig. „Die unglaubliche Gastfreundschaft war wohl das eindrucksvollste Erlebnis für die deutsche Gruppe“, schreibt auch die Lehrerin Annelie Kuhn. „Dass wir mit Kindern zu Besuch gekommen waren, unterschied uns sehr von anderen Besuchergruppen und wurde als besonders zur Kenntnis genommen und als hoffnungsvolles Zeichen gewertet.“

Bildern, sondern differenzieren nach Menschlichkeit. Das politische Kalkül der Mächtigen interessiert sie nicht, das Wohlergehen der Menschen um sie herum ist ihre Prämisse. Wenn man die Widersprüche, die sich daraus ergeben, mit ihnen erörtert, entwickeln sie Engagement für Menschlichkeit, Völkerverständigung und Frieden.



**Martin Verfürth**  
ist Schulleiter a. D. und Initiator der Schulpartnerschaft zwischen der Grundschule Irisweg in Köln und der Dar-Al-Kalima-Schule in Bethlehem.  
[martin.verfuertth@koeln.de](mailto:martin.verfuertth@koeln.de)

Die Schüler haben von dieser Reise unvergessliche Eindrücke mitgebracht. Auch die politische Lage ist an ihnen nicht vorbeigegangen. „Die Mauer ist schrecklich anzusehen“, schrieb Inka. „Vor allen Dingen war ich sehr frustriert, als die Soldaten, die die Mauer bewachen, in den Bus kamen. Sie hatten riesige Maschinengewehre unter dem Arm und den Finger schon am Abzug.“ Auch Annelie Kuhn erinnert sich: „Dass die Bewohner Bethlehems sehr in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, wurde auch bei unserem Ausflug nach Jerusalem klar. Bis auf zwei Mütter und deren Kinder, die einen besonderen Pass hatten, konnte kein palästinensisches Kind mitfahren.“

### Politisch, menschlich und nachhaltig

Für unsere Schulpartnerschaft sind wir mehrfach ausgezeichnet worden: Wir erhielten eine Ehrung durch den Oberbürgermeister, die Auszeichnung als Schule der Zukunft, den Hans-Jürgen-Wischnewski-Preis und gewannen den Wettbewerb „Kölner Schulen für nachhaltige Entwicklung“. Durch Wechsel der Schulleitungen in beiden Schulen findet gerade eine Neuorientierung statt, beide möchten die Partnerschaft aber fortführen.

Schulpartnerschaften sind eine hohe Kunst für die Leitungen von Schulen. Sie sind für alle Beteiligten – Schüler, Lehrer, Eltern, Schulleitung – das Besondere im Schulalltag. Sie schaffen Begegnungen, öffnen Herzen und bilden Menschen. Schulpartnerschaften sind politisch, menschlich und wirken nachhaltig. ←

Natürlich stellt sich die Frage, ob man Grundschüler schon mit solch schwierigen Themen belasten muss. Wir haben dies im Vorfeld mit den Kindern diskutiert und uns bewusst dafür entschieden. Kinder haben ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden, besonders wenn es um ihresgleichen geht. Dabei denken sie nicht in Schwarzweiß- oder Gut-böse-

#### Link:

Informationen zur Schulpartnerschaft:

<http://grundschule-irisweg.de/CMS01/index.php?page=102>

# Bessere Bildung

Bei der Evaluierung von Entwicklungsprojekten im Bildungsbereich kristallisieren sich zwei entscheidende Faktoren für den Erfolg heraus: Die Bedürfnisse und Eigenheiten vor Ort müssen berücksichtigt werden und die Menschen selbst eine zentrale Rolle bei der Gestaltung spielen.

Von Pierre Tulowitzki und Alexander Erich

➔ Die Stabsstelle Evaluierung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) führte in Zusammenarbeit mit mehreren Instituten eine Evaluierung von Projekten im Bereich Grundbildung durch. Als erfolgversprechend haben sich Kombinationen von Maßnahmen bewährt: Schulbücher und Lernmaterialien nehmen Bezug auf die Lebenswelt der Schüler. Sie sind gendergerecht konzipiert, und aktive Lehrmethoden ermöglichen schülerorientierten Unterricht. Zudem sind sie in einfacher Sprache gehalten, schön gestaltet und illustriert.

Für die Lehrkräfte gibt es Handbücher, die bei der Unterrichtsvorbereitung helfen sollen. In Ghana verknüpfte die GIZ Konzepte für die Lehrerausbildung mit Maßnahmen zur Organisationsentwicklung und Netzwerkbildung: Materialien wurden in enger Kooperation mit Akteuren auf verschiedenen Ebenen entwickelt – auf lokaler Ebene mit den Lehrerbildungsinstitutionen, auf Distriktebene mit dem Schulamt. Das förderte die politische Rückendeckung für pädagogische Reformen und baute gleichzeitig Know-how bei Schlüsselpersonen auf.

In fragilen Umständen hat sich vor allem Flexibilität bewährt: zum Beispiel der Aufbau nichtformaler Bildungsangebote wie der „Home Schools“ für afghanische Kinder in pakistanischen Flüchtlingslagern oder die Verknüpfung von Grund- und Berufsbildung für benachteiligte Jugendliche in der Demokratischen Republik Kongo. Die Evaluierung verdeutlicht aber auch den großen Einfluss der politischen und institutionellen Bedingungen in den Partnerländern. Auch

wenn Projekte zu Reformen im Bildungssystem beitragen, waren sie aufgrund von Umbrüchen in den Partnerorganisationen oder instabiler politischer Verhältnisse nicht immer nachhaltig. Bürgerkriegsähnliche Zustände beispielsweise im Jemen oder in Guinea erschwerten massiv eine nachhaltige Projektumsetzung. Hier zeigte sich, dass der Verlauf von Reformprozessen nicht selten zu optimistisch eingeschätzt und zu wenig Zeit eingeplant wurde. Eine weitere Erkenntnis: Nachhaltigkeit ist nur dann gesichert, wenn Veränderungen ausreichend fest in den Strukturen der Partner verankert werden. Bei der Planung von Bildungsprojekten spielt die Kenntnis und Berücksichtigung lokaler Bedingungen also eine zentrale Rolle. Dies will die GIZ in Zukunft berücksichtigen und hat dafür Analysetools eingeführt.

Bei Bildungsprojekten stellt das Thema Gleichberechtigung eine besondere Anforderung dar. Die Synthese zeigt, dass durch Vorhaben der GIZ Mädchen in Subsahara-Afrika der Zugang zu Bildung erleichtert wurde. Ein Beispiel aus Guinea bestätigt, dass sich bei der Mehrzahl der beteiligten Mädchen die persönliche Einstellung und ihr Verhalten geändert haben. Sie traten selbstbewusster auf und gingen gerne in die Schule.

Die evaluierten Projekte strebten auch eine Stärkung der Bildungsinstitutionen in den Partnerländern an. Die Auswertung zeigt, dass die meisten Projekte dieses Ziel erreicht haben. Um die Wirkung bei den Schülern zu messen, waren die Monitoringsysteme der Projekte hingegen nur bedingt geeignet. Sie berücksichtigten Aspekte wie Schulabschlüsse und Übertrittsquoten in weiterführende Einrichtungen. Eine Empfehlung des Evaluierungsteams ist es, künftig noch weitere Methoden der Lernleistungsmessung zu erproben. Die GIZ plant, auf die Empfehlungen solcher Evaluierungen zu reagieren, um Leistung und Wirkung ihrer Arbeit zu verbessern. ←

## Literatur:

Huber, S. G., et al., 2014: Querschnittsauswertung Bildung. <https://www.giz.de/de/downloads/giz2014-de-hauptbericht-querschnittsauswertung.pdf>

Giesen-Thole, D., et al., 2015: Wirkung messen – zu Wirkung beitragen. [https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-evaluierungsbericht\\_2012-2014.pdf](https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-evaluierungsbericht_2012-2014.pdf)



**Alexander Erich** arbeitet als Senior-Fachkonzeptionist bei der GIZ Stabsstelle Evaluierung. [alexander.erich@giz.de](mailto:alexander.erich@giz.de)



**Pierre Tulowitzki** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie (IBB) an der Pädagogischen Hochschule Zug. [pierre@tulowitzki.info](mailto:pierre@tulowitzki.info)



Grundbildung in Guinea: Qualifizierte Lehrkräfte, eine gute Ausstattung und professionelles Management sind die Grundlage für ein wirksames Bildungssystem.

# Veränderung sozialer Normen

Die Organisation Bangr Nooma kämpft seit 1998 für ein Ende der weiblichen Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) in Burkina Faso. Obwohl die Praxis gesetzlich verboten ist, wird sie noch immer angewandt. Staatliche Interventionen alleine reichen nicht aus. Es braucht das Engagement von zivilgesellschaftlichen Akteuren, um auch in abgelegenen Regionen die Überwindung von FGM zu erreichen. Irma Bergknecht, Vorstandsvorsitzende von Terre des Femmes, und Renate Staudenmeyer, zuständig für die internationalen Kooperationen der Organisation, sprachen mit Rakieta Poyga, Frauenrechtsaktivistin und Gründerin von Bangr Nooma.

## Interview mit Rakieta Poyga

### Wie sieht die derzeitige Situation hinsichtlich der weiblichen Genitalverstümmelung in Burkina Faso aus?

Die weibliche Genitalverstümmelung ist in Burkina Faso leider immer noch sehr verbreitet. Daran hat das gesetzliche Verbot, das 1996 eingeführt wurde, noch nicht viel geändert. Zahlen von UNICEF belegen, dass 2013 immer noch 76 Prozent der Mädchen und Frauen Opfer dieser traditionellen Praxis waren. Die Frauen aus meiner Generation, ich bin Jahrgang 1960, sind fast alle beschnitten.

Erst bei den jüngeren Frauen merkt man allmählich, dass FGM nicht mehr durchgängig angewendet wird. Zurzeit befindet sich

Burkina Faso in einer politischen Krise. Daher steht die Wiederherstellung von stabilen Verhältnissen im Vordergrund des politischen Handelns. So läuft der Bereich Frauenrechte/Kinderrechte, der sowieso schon marginalisiert ist, Gefahr, noch mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt zu werden. Da müssen wir kontinuierlich am Ball bleiben.

### Welche Arten von FGM gibt es denn in Burkina Faso?

In Burkina Faso werden zwei verschiedene Arten praktiziert. Am häufigsten wird die vollständige oder teilweise Entfernung der Klitoris vorgenommen. Bei der zweiten Form werden die Klitoris und die kleinen Schamlippen, manchmal sogar Klitoris und kleine und große Schamlippen vollständig oder teilweise

entfernt. Die Beschneidung wird meist unter unhygienischen Bedingungen durchgeführt. Oft leiden die Frauen unter der Traumatisierung durch den Eingriff, aber auch unter medizinischen Folgeproblemen wie Wucherungen, Verwachsungen, Fistelbildungen etc. Ich selbst habe bei der unglaublich schmerzhaften Geburt meiner Tochter 1998 am eigenen Leib zu spüren bekommen, welche furchtbaren Folgen die Beschneidungspraxis hat. Das war für mich der Anstoß, die Organisation Bangr Nooma zu gründen.

### Wie lässt sich erklären, dass FGM trotz der bekannten schlimmen Auswirkungen noch immer praktiziert wird?

Die weibliche Genitalverstümmelung ist tief in der Tradition Burkina Fasos verankert. Sie hat ihre Wurzeln in traditionellen beziehungsweise religiösen Wertvorstellungen. Erst nach einer Beschneidung werden die Mädchen und Frauen traditionell verheiratet. FGM ist somit eine Voraussetzung für die Verheiratung. Ein beschnittenes Mädchen ist für die Familie aufgrund von falschen Ehrvorstellungen für ihr Ansehen sehr wichtig. Zudem verstehen die Beschneiderinnen FGM als eine Art „sozialen Dienst“, aber in Wirklichkeit ist es ihr Beruf, mit dem sie ihren Lebensunterhalt finanzieren. Auch profitieren sie und die Dorfchefs von einem höheren Ansehen in der Dorfgemeinschaft, je mehr Mädchen beschnitten sind. Seit FGM in Burkina Faso verboten ist, werden die Mädchen immer früher beschnitten, manchmal bereits im Säug-

lingsalter. Das ist eine Problematik, auf die wir mit neuen Interventionsstrategien reagieren müssen.

### Wie Sie sagten, ist FGM seit 1996 in Burkina Faso gesetzlich verboten, und trotzdem sind die meisten Mädchen und Frauen davon betroffen. Wie ist das zu erklären? Sind die traditionellen und religiösen Werte stärker als gesetzliche Regelungen?

Mehr als 80 Prozent der Burkinabe sind Analphabeten, die sich meistens nur in ihrer Dorfgemeinschaft bewegen. Sie fühlen sich isoliert vom restlichen Teil des Landes und denken, dass das Gesetz nicht für sie, sondern nur für die Menschen in den Städten gedacht ist. Das Verbot von FGM empfinden sie als Angriff auf ihre traditionellen Werte. Somit werden die traditionellen und religiösen Rechte in der Tat stärker gewichtet als staatliche Regulierungen. Von staatlicher Seite muss mehr mit den Menschen auf dem Land geredet werden, um sie für das Problem zu sensibilisieren. Aufklärungsarbeit vor Ort ist der Schlüssel. Zwar hat sich der gestürzte Präsident Blaise Compaoré jährlich mit Beamtinnen und Dorfchefs in einer Provinzstadt getroffen, um über FGM zu sprechen. Jedoch war an diesen Gesprächen nur die Elite beteiligt, weshalb die Inhalte nicht in die gesamte Dorfbewölkerung getragen wurden. Unsere Aufklärungsarbeit erreicht viel mehr Menschen. Wir gehen in die Dörfer und sprechen mit allen Bewohnern, was viel Geduld und Anstrengung erfordert. Aber letztendlich lohnt es sich: Die meisten wenden sich nach unserer Aufklärungsarbeit von der weiblichen Genitalverstümmelung ab. Sobald sie wissen, wie schädlich FGM ist, können sie die Gründe für das gesetzliche Verbot nachvollziehen.

### Was passiert, wenn ein Beschneidungsfall bekannt wird? Gibt es eine strafrechtliche Verfolgung?

Wenn bekannt wird, dass eine Beschneidung stattfinden soll oder bereits vollzogen wurde, werden alle Beteiligten in einem gerichtlichen Verfahren bestraft. Nicht nur die Beschneiderinnen werden strafrechtlich verfolgt, sondern alle, die davon wussten und es nicht an die Behör-



AP photo/picture-alliance

In Burkina Faso sind immer noch fast vier von fünf Frauen beschnitten.

## 100 Millionen Betroffene

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO sind weltweit zwischen 100 und 140 Millionen Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) betroffen. Die Praktik ist besonders stark in Subsahara-Afrika sowie in einigen arabischen und südostasiatischen Ländern verbreitet. Doch auch in Europa, Kanada und den USA kommt weibliche Genitalverstümmelung vor. Allein in Afrika sind jedes Jahr 3 Millionen Mädchen dem Risiko einer Genitalverstümmelung ausgesetzt. Nach Schätzungen von Terre des Femmes leben in Deutschland etwa 36 000 Betroffene und fast 6 000 gefährdete Frauen und Mädchen.

Als weibliche Genitalverstümmelung werden alle Praktiken bezeichnet, bei denen die äußeren weiblichen Genitalien teilweise oder vollständig entfernt werden, sowie andere medizinisch nicht begründete Verletzungen an den weiblichen Genitalien. Die Praktik, die mäßig starke bis extreme Formen von FGM beinhaltet, ist eine Menschenrechtsverletzung und

beeinträchtigt die Gesundheit von Mädchen und Frauen. Sie betrifft vorwiegend Babys und Mädchen zwischen 0 und 14 Jahren, die kein Mitspracherecht bei der Entscheidung haben. In den meisten Fällen wird FGM vor dem Erreichen des 18. Lebensjahres durchgeführt.

Weibliche Genitalverstümmelung steht in engem Zusammenhang mit Konzepten von Identität, Sexualität, Gender und Machtverhältnissen. Begründungen für die Durchführung sind komplex und eng mit den Werten und Glaubenseinstellungen der unterschiedlichen Gemeinschaften verbunden. Gängige Gründe sind zum Beispiel Initiationsriten, Bewahrung der Jungfräulichkeit, Voraussetzung für die Eheschließung, Identität, Treue gegenüber dem Ehemann, Ehre, Hygiene und Reinheit, Steigerung der Fruchtbarkeit oder religiöse Gründe. In den Gemeinschaften, in denen FGM praktiziert wird, genießen beschnittene Frauen besondere Wertschätzung. Unbeschnittene Frauen hingegen sind Stigmatisierung und Ausgrenzung von ihrer Familie, ihren Freunden

und dem gesamten sozialen Umfeld ausgesetzt.

Terre des Femmes ist seit 30 Jahren aktiv und arbeitet neben anderen Schwerpunktthemen – darunter Gewalt im Namen der Ehre und Zwangsverheiratung, häusliche und sexualisierte Gewalt sowie Frauenhandel – weiterhin daran, der weiblichen Genitalverstümmelung ein Ende zu setzen. Unsere Vision ist Gleichberechtigung, Selbstbestimmtheit und Freiheit für Mädchen und Frauen weltweit. Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Resolution zur Abschaffung weiblicher Genitalverstümmelung überall umgesetzt wird.

### Link:

**Terre des Femmes:**  
<http://www.frauenrechte.de>

### Idah Nabateregga



arbeitet im Referat „Weibliche Genitalverstümmelung“ bei Terre des Femmes.

[genitalverstuemmung@frauenrechte.de](mailto:genitalverstuemmung@frauenrechte.de)

den gemeldet haben. Die Höchststrafe ist eine Gefängnishaft von drei Jahren. In unseren Interventionsgebieten ist die Sensibilität für FGM sehr stark. Jeder greift ein, wenn er von einem Fall erfährt, auch die Dorfchefs und die sogenannten Traditionshüter.

### **Wie haben Sie es mit Bangr Nooma geschafft, sowohl traditionelle Chefs als auch die Bevölkerung für das Nein zu FGM zu gewinnen?**

Bevor wir überhaupt aktiv werden, suchen wir das Einverständnis des jeweiligen Dorfchefs, denn ohne ihn geht gar nichts. Wenn wir das haben, bauen wir die Aufklärungsarbeit in drei Phasen auf. Es gibt immer ein von Bangr Nooma geschultes Team aus einer Frau und einem Mann, das die Sensibilisierungsarbeit in einer bestimmten Region übernimmt. In der ersten Phase suchen sie das Gespräch mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Lehrerinnen und Lehrern, Polizisten, traditionellen Hebammen und Beschneiderinnen. In der zweiten Phase wird die gesamte Dorfbevölkerung anvisiert. Über Hausbesuche, Familiengespräche, Diskussionen im Dorf, Debatten über Kinofilme, Sketche und vieles mehr werden Informationen und Wissen vermittelt. Oft dauert es einige Zeit, bis die Dorfbevölkerung Vertrauen gefasst hat und sich damit auseinandersetzt, dass FGM überwunden werden kann und muss. Am Ende dieser Phase findet eine große Versammlung statt, bei

der alle wichtigen Dorfvertreter öffentlich das Nein zu FGM bekunden und die Nichtbeschneidung als neue soziale Norm deklarieren. Bei dieser Zeremonie werden symbolisch Beschneidungswerkzeuge „begraben“. Danach beginnt die dritte Phase mit der Einrichtung eines Dorfkomitees gegen FGM. Freiwillige wachen darüber, dass kein Mädchen mehr in ihrem Dorf beschnitten wird. Sie führen Buch über Geburten und gehen zu den Familien, die ein Mädchen geboren haben, und klären sie auf.

### **Was sind die größten Herausforderungen bei den Aufklärungskampagnen?**

Die besondere Herausforderung besteht darin, dass wir das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen müssen. Das ist angesichts der beschriebenen Isolation schwierig. Die Gebiete, in denen wir aktiv sind, muss man sich zudem wie Slums vorstellen: Es gibt keine gute Infrastruktur, und alles ist sehr chaotisch. Die Menschen sind mit zahlreichen existenziellen Problemen konfrontiert, sie haben keinen Zugang zu Wasser oder Strom, leben in extremer Armut. Anstatt mit FGM setzen sie sich mit vorrangig erscheinenden Problemen auseinander. Erst wenn wir das Vertrauen der Menschen gewonnen haben, nehmen sie die neuen Informationen und das Wissen auf, das wir vermitteln wollen. Gerade an der Schnittstelle zur Bevölkerung sind wir als NGO besser aufgestellt als staatliche Akteure, weil das

Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen nach wie vor hoch ist. Ich bin davon überzeugt, dass die Arbeit von NGOs ganz wichtig und viel effektiver ist.

### **Sind diese Erfolge denn auch sichtbar?**

Ja, auf jeden Fall. Dank unserer Aufklärungskampagnen in 800 Dörfern konnten bislang mehr als 33 000 Mädchen vor einer Beschneidung bewahrt werden. Wir können die Zahlen relativ gut nachhalten, weil die Dorfkomitees ja die Geburtslisten führen. Darüber hinaus haben sich 400 Beschneiderinnen und ihre Assistentinnen von FGM abgewendet und engagieren sich zum Teil in unserer Kampagnenarbeit. Insgesamt haben wir seit unserer Gründung mehr als 800 000 Menschen erreicht. Die Unterstützung unserer internationalen Kooperationspartner hilft dabei sehr. Wir bekommen keine finanzielle Unterstützung vom Staat. Deshalb sind wir auf Hilfe von außen angewiesen. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Hilfe. Internationale Vernetzung und fachlicher Austausch über Strategien im Kampf für die Verbesserung von Frauenrechten prägen ebenfalls unsere Zusammenarbeit. ←

#### **Rakieta Poyga**



ist burkinische Frauenrechtsaktivistin und Gründerin der Organisation Bangr Nooma.

[bangr.nooma1@yahoo.fr](mailto:bangr.nooma1@yahoo.fr)

## **Arbeitsbedingungen**

# Mindestlohn lockt Mädchen in Fabriken

In Bangladesch werden die Arbeitsgesetze lasch gehandhabt, und in den Fabriken arbeiten wesentlich mehr minderjährige Mädchen als offiziell bekannt. Steigende Löhne führen dazu, dass mehr Mädchen zwischen zehn und 17 Jahren beschäftigt werden – was sich negativ auf ihren Schulbesuch auswirkt. Andererseits werden so weniger Töchter aus armen Familien jung verheiratet. Soziale Entwicklung hängt von mehr ab als nur dem Lohnniveau.

Von Niaz Asadullah und Zaki Wahhaj

→ Der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza am 24. April 2013 hat die unsicheren Bedingungen offenbart, unter denen Millionen Beschäftigte in Bangladeschs Bekleidungsproduktion arbeiten. Jahrelang war Arbeitsschutz quasi inexistent, und die Bezahlung war mies und unregelmäßig. Die Lage verbessert sich nur langsam. Eine wesentliche Reform gab es jedoch: Der Mindestlohn stieg von 39 auf 69 Dollar im Monat.



Börling/Fotografie

Textilarbeiterinnen in Bangladesch.

In Bangladesch sind Frauen in der Erwerbsarbeit noch immer stark unterrepräsentiert. Der neue Mindestlohn wird voraussichtlich mehr Frauen in Lohnarbeit bringen. Höhere Löhne bedeuten bessere Einkommen für Frauen aus armen Familien und mehr Geld für die Bildung der Kinder und für Gesundheit. Andererseits besteht die Gefahr, dass Mädchen aus armen Familien aufgrund des gestiegenen Mindestlohns aus der Schule genommen und als Arbeiterinnen in Textilfabriken gesteckt werden.

Bangladeschs Hauptwettbewerbsvorteil bestand über mehrere Jahrzehnte in den niedrigen Arbeitskosten: Die Löhne waren die niedrigsten der Welt. Forderungen nach einem Mindestlohn von hundert Dollar pro Monat wurden ignoriert. Stattdessen blieben die Löhne gleich, während die Inflation stieg. Priorität hatte der Schutz des wichtigsten Exportsektors des Landes. 2010 hob die Regierung den Mindestlohn schließlich von 20 auf 39 Dollar pro Monat an – jedoch erst nach einem kostspieligen Arbeitskampf und gewaltsamen öffentlichen Protesten.

Sowohl die Regierung als auch die Arbeitgeber schlugen weitere Forderungen

nach Lohnerhöhungen aus, um Bangladeschs Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltbekleidungsmarkt nicht zu gefährden. Viele Fabriken missachteten sogar den gestiegenen Mindestlohn und zahlten ihren Arbeitern weniger als 39 Dollar im Monat. In Folge der Rana-Plaza-Katastrophe wurde der Mindestlohn im November 2013 nochmals angehoben, und zwar um 77 Prozent. Damit lag er jedoch noch immer weit unter den Forderungen der Beschäftigten.

### Mädchen in Gefahr

Da die Lohnerhöhung erst vor zwei Jahren beschlossen wurde, ist es noch zu früh, um ihre sozialen Folgen in Gänze benennen zu können. Viele Textilfabriken haben die neuen Löhne noch gar nicht eingeführt.

Für viele Arbeiterinnen und Arbeiter stellen sie eine Verbesserung dar. Es gibt aber auch eine Schattenseite. Arbeitgeber können Kosten sparen, indem sie den Anteil von Kinderarbeitern erhöhen. Am ehesten stellen sie Mädchen im Alter von zehn bis 17 Jahren ein. Um die Auswirkungen der Reform auf deren Situation zu

untersuchen, ist es aufschlussreich, ihren Anteil in Schule und Lohnarbeit zu erfassen.

Der Branchenverband Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association (BGMEA) vertritt die Bekleidungshersteller, die für den Export produzieren. Seinen Angaben zufolge beschäftigen seine Mitgliedsbetriebe keine Kinderarbeiter. Bangladeschs Richtlinie zur Abschaffung von Kinderarbeit von 2010 verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren dürfen nicht mehr als fünf Stunden am Tag arbeiten. Aber es hapert an der Umsetzung. Die Fabriken werden nur selten kontrolliert, Kinderarbeit wird weitgehend geduldet. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Geburten nicht registriert werden und Kinder so offiziell nicht erfasst sind.

Es gibt keine zuverlässigen Informationen über die Beschäftigung Minderjähriger in Bangladeschs Fabriken. Es ist schwierig, in die Fabriken hineinzukommen, und die meisten Beschäftigten geben ihr wahres Alter am Arbeitsplatz nicht an. Daher haben wir eine andere Methode

gewählt, um die Beschäftigung Minderjähriger zu ermitteln.

Für die Studie Women's Life Choices and Attitudes Survey (WiLCAS) 2014 haben wir Tausende Mädchen und Frauen in Bangladeschs drei größten Industriezonen, Dhaka/Ashulia, Gazipur and Narayanganj, befragt. Die Mehrheit der bangladeschischen Näherinnen arbeitet dort. 29 Orte mit der höchsten Fabrikdichte waren Teil der Untersuchung. Zum Vergleich haben wir zudem Interviews in 58 anderen städtischen Gebieten ohne Textilfabriken geführt.

Im Rahmen der Studie gaben 3367 Frauen und Mädchen an, in der Textilbranche zu arbeiten. Hundert von ihnen waren zwischen zehn und 13 Jahren alt, und 381 waren zwischen 14 und 17 Jahre alt. Ihr Anteil betrug drei beziehungsweise elf Prozent der Arbeiterschaft. Insgesamt gaben 861 Mädchen unter 18 an, in Lohnarbeit zu sein, 28 Prozent von ihnen in Textilfabriken.

In den meisten Gegenden Bangladeschs besuchen mehr Mädchen als Jungen die Schule. In städtischen Gebieten ohne Textilfabriken sind es 84 Prozent der Mädchen und 79 Prozent der Jungen. In den Gegenden mit Textilfabriken ist es dagegen umgekehrt. Im Großraum Dhaka gehen nur 61 Prozent der Mädchen zwischen zehn und 17 Jahren zur Schule, aber 66 Prozent der Jungen. Generell sind in den Hochburgen der Textilproduktion mit 24 Prozent wesentlich mehr Mädchen erwerbstätig als in städtischen Gebieten außerhalb des Industriegürtels, wo es nur drei Prozent sind.

Die Zahlen belegen, dass Kinderarbeit in Bangladeschs Textilfabriken – anders als in vielen internationalen Medienberichten dargestellt – noch immer systematisch und in großem Umfang vorkommt. Die Anhebung des Mindestlohns wird die Nachfrage nach Kinderarbeitern zweifellos erhöhen. Es ist zu erwarten, dass die Bekleidungsproduktion in Bangladesch in den kommenden 20 Jahren um das Vierfache zunimmt. Dieses Wachstum wird Millionen von Arbeiterinnen anlocken, darunter auch viele minderjährige Mädchen.

### Problem der Armen

Die Zahlen geben Anlass zur Besorgnis, was die langfristige Entwicklung betrifft. Kinder sollten zur Schule gehen, anstatt

zu arbeiten. Arme Familien sind am stärksten betroffen: Die meisten Mädchen sind aufgrund von Armut zur Arbeit gezwungen. Bessergestellte Familien, auch in den Industriezonen, schicken ihre Töchter nur selten zur Arbeit in die Fabriken.

Die wachsende Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften führt zu einer neuen Form der Geschlechterungleichheit in den Industriezonen des Landes. Jungen gehen zur Schule, während Mädchen in den Fabriken schuften müssen. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, werden höhere Löhne die Unterschiede im Bildungsniveau von Mädchen und Jungen in Ashulia, Narayanganj und Gazipur noch weiter vergrößern.

Die Beschäftigung minderjähriger Mädchen in großem Stil ist jedoch nicht ausschließlich negativ zu bewerten. Trotz jüngerer Initiativen wie der Abschaffung des Schulgeldes und der Einführung von Stipendien, um die Bildungskosten für Mädchen zu senken, würden viele von ihnen die weiterführende Schule sowieso verlassen – auch ohne die Aussicht auf bezahlte Arbeit. Zudem würde die Mehrheit früh verheiratet. Lohnarbeit bietet einen größeren Schutz gegen Kinderheiraten als der Schulbesuch.

Damit steckt Bangladesch in einem politischen Dilemma. Einerseits steigert der höhere Mindestlohn das Risiko für

Mädchen, früh in Fabriken arbeiten zu müssen. Sie gehen dann nicht mehr zur Schule und haben auch später kaum Möglichkeiten, besser bezahlte Jobs außerhalb der Textilfabriken zu finden. Andererseits trägt eine strenge Einhaltung der Gesetze zur Kinderarbeit möglicherweise dazu bei, dass viele Mädchen früh verheiratet werden – was genauso schlecht ist.

Bangladeschs Beispiel zeigt, dass Entwicklungsländer von der Industrialisierung durch niedrige Löhne nicht voll profitieren können, solange es keine Verbesserungen auf gesellschaftlicher Ebene, bei der Armutsbekämpfung und bei Kinderrechten gibt.

#### Link:

Women's Life Choices and Attitudes Survey (WiLCAS) 2014:  
<http://www.integra.org/index.php/research-design>

#### Niaz Asadullah



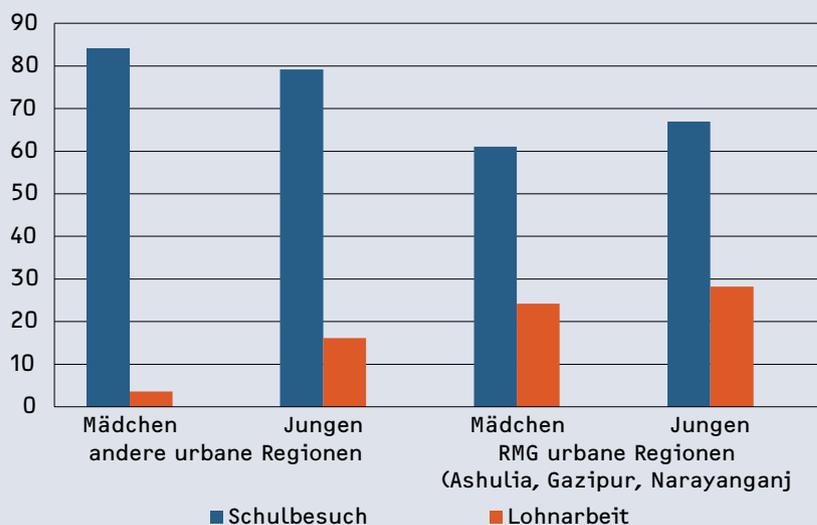
ist Professor für Entwicklungsökonomie und stellvertretender Direktor des Zentrums für Armuts- und Entwicklungsstudien an der Universität Malaya.  
[nasadullah@gmail.com](mailto:nasadullah@gmail.com)

#### Zaki Wahhaj



lehrt Wirtschaft an der Universität Kent.

## Lohnarbeit und Schulbesuch der 10- bis 17-Jährigen (in Prozent)



Quelle: 2014 Bangladesch WiLCAS



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen. Wir informieren in unseren Tweets über unsere Beiträge und andere Dinge, die unser Produkt betreffen.



www.twitter.com/forumdc

The screenshot shows the Twitter profile for 'D+C Development + Cooperation'. The profile picture is a photograph of a busy outdoor market with people and stalls. The bio reads: 'D+C Development and Cooperation is a monthly magazine with a website and the identity of German twin E-Z. RTs are not always endorsements.' The location is 'Frankfurt, Germany' and the website is 'dandc.eu'. The profile statistics are: 7,443 tweets, 1,679 followers, 4,111 following, 184 favorites, and 7 lists. A recent tweet is visible: 'Global Brainstorming Project: #Art project with & about #refugees from #Syria and #Palestine ow.ly/TJEFm'. The tweet includes a photo of a public art installation. On the right side, there are sections for 'Neu bei Twitter?' with a 'Registrieren' button, and 'Vielleicht gefällt Dir auch' with a list of suggested accounts including 'AERI\_Group', 'The Global Fund', 'African Union', 'Africa Renewal, UN', and 'giz'.





picture-alliance/dpa

*Der bolivianische Präsident Evo Morales (links) redet am Rande der Weltklimakonferenz in mexikanischen Cancún 2010 mit Vertretern des internationalen Kleinbauern-Netzwerks La Via Campesina.*

## Fachliteratur

# Neue transnationale Netze

Die früher überwiegend oberflächlich-euphorische Perspektive auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist inzwischen einem differenzierteren Zugang gewichen, der auch Machtverhältnisse in transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken reflektiert. Zugleich argumentieren einige Autoren, dass die Rolle internationaler NGOs im Wandel begriffen sei.

### Von Romina Ranke

➔ Internationale NGOs (INGOs) galten lange als Hoffnungsträger auf dem internationalen politischen Parkett. Ihr Einsatz für Menschenrechte, Umweltschutz und friedliche Konfliktlösung machte sie zum Sinnbild für eine wertorientierte, demokratische Weltpolitik. NGOs wurde und wird oft deutlich mehr Vertrauen entgegengebracht als staatlichen

Akteuren: Die öffentliche Wahrnehmung von Organisationen wie Greenpeace, Human Rights Watch und Oxfam ist nach wie vor ausgesprochen positiv.

Die meisten Fachautoren teilen die Einschätzung, dass die Beteiligung von INGOs internationale politische Prozesse transparenter macht und INGOs zu einer

friedlicheren und gerechteren Welt beitragen. Zugleich wird aber auch verstärkt Kritik an der Ausrichtung und Vorgehensweise so mancher Organisation geübt.

Neben einer Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen hat in Deutschland zuletzt insbesondere das journalistisch ausgerichtete „Schwarzbuch WWF“ (Huisman 2012) und der dazugehörige Dokumentarfilm „Der Pakt mit dem Panda“ Aufsehen erregt. Darin problematisiert Wilfried Huisman unter anderem die Nähe der Umweltorganisation WWF zu Agrar- und anderen Wirtschaftsunternehmen, was häufig zu Lasten der lokalen Bevölkerung in ärmeren Ländern gehe.

Das Unbehagen gegenüber dem WWF und anderen INGOs rührt auch daher,

dass große Organisationen mit ihren Hochglanzbroschüren und ihrem professionellen Auftreten weniger finanzstarken, lokalen Akteuren häufig die öffentliche Aufmerksamkeit entziehen. Aktivisten und Wissenschaftler haben in den letzten Jahren verstärkt darauf hingewiesen, dass globale Machtstrukturen verfestigt werden, wenn INGOs aus dem globalen Norden (zumeist Europa und Nordamerika) für die Belange der Menschen im globalen Süden sprechen.

Die Politikwissenschaftlerin Ruth Reitan (2011) kritisiert das nach wie vor oft paternalistische Auftreten nördlicher INGOs gegenüber südlichen Aktivisten. Sie schreibt allerdings auch, dass dieses „Advocacy model“ inzwischen im Schwinden begriffen sei und durch neue Formen der transnationalen, zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit abgelöst werde. Dies führt die Autorin vor allem auf ein Erstarken der Zivilgesellschaft im globalen Süden und neue Formen der Vernetzung und Mobilisierung zurück. Als eines von vielen Beispielen nennt sie La Via Campesina, ein transnationales, dezentral organisiertes Netzwerk von Kleinbauern mit Sitz in Indonesien.

Die neuen Vernetzungstendenzen spiegeln die zunehmende Relevanz von Idealen wie Dezentralität, Basisdemokratie und Egalität wider. Offenere Formen der Vernetzung werden vor allem durch internetbasierte Kommunikation möglich, darunter Social-Media-Netzwerke wie Twitter und Facebook, die neue Wege für spontane, nicht durch NGOs gesteuerte Kampagnen bieten. Reitan betont aber auch, dass NGOs dadurch keinesfalls obsolet würden. Vielmehr komme ihnen eine neue Rolle in der transnationalen Zivilgesellschaft zu.

## Neue Rollen

Einige INGOs haben in den vergangenen Jahren auf die Entwicklungen reagiert beziehungsweise sie mit angestoßen. Hiermit geht ein verändertes Selbstverständnis einher: Viele NGOs verstehen sich inzwischen weniger als Fürsprecherinnen denn als Unterstützerinnen und als Knotenpunkt innerhalb größerer, transnationaler Bewegungen (Reitan 2011). Interne Reflexionsprozesse über die eigene Rolle im internationalen Gefüge führen zum Teil zu großen Veränderungen der Strukturen und Arbeitsweise von Organisationen. So hat

die Entwicklungs-INGO Action Aid ihren Hauptsitz vor einigen Jahren bewusst von London nach Johannesburg verlegt, um die Organisation stärker in den Kontext des globalen Südens einzubinden (siehe auch Beitrag von Adriano Campolina in E+Z/D+C e-Paper 2015/11, S. 38 f.)

Ein weiteres Beispiel ist die föderal organisierte, transnationale NGO Friends of the Earth. Sie hat in den vergangenen Jahren den ohnehin vergleichsweise großen Einfluss ihrer Mitglieder aus dem globalen Süden weiter gestärkt und die Perspektiven lokaler Aktivisten auf internationalem Parkett sichtbar gemacht. Brian Doherty und Timothy Doyle (2014) gelingt mit ihrer detaillierten empirischen Erforschung von Friends of the Earth eine Nahaufnahme der inneren Verfasstheit und internen Prozesse einer NGO. Die Studie öffnet die Blackbox, die NGOs in der Forschungsliteratur darstellen, und zeigt die Relevanz der kollektiven Identität einer zivilgesellschaftlichen Organisation, aber auch die Schwierigkeit, in einer transnationalen NGO auf demokratischem Wege zu einer gemeinsamen Position zu gelangen.

## Fallbeispiel Klimapolitik

Einen Schwerpunkt legen Doherty und Doyle auf das Engagement von Friends of the Earth in der internationalen Klimapolitik. Während zivilgesellschaftliches Engagement in dem Bereich über viele Jahre vornehmlich durch professionalisierte Umwelt-NGOs aus dem globalen Norden getragen wurde, ist insbesondere seit 2007 die Präsenz von Gruppen aus dem globalen Süden deutlich gestiegen. Zudem bringen sich auch Organisationen, die traditionell keinen Schwerpunkt auf Umweltthemen legen, verstärkt in die Debatten ein. Friends of the Earth hat 2007 das bewegungsorientiertere Aktivisten-Netzwerk Climate Justice Now mitgegründet und ist ein wichtiger Akteur dieser noch jungen Initiative, wie Doherty und Doyle ausführen.

Die angesprochenen Entwicklungen, aber auch die vielen Aktionen rund um die Weltklimakonferenz in Kopenhagen 2009 waren Auslöser für eine ganze Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu verschiedenen Aspekten der transnationalen Klimabewegung. Im deutschsprachigen Raum sind insbesondere die Sammelbände von Brunnengraber (2011) und von

Garrelts und Dietz (2013) zu nennen. In den Beiträgen beider Veröffentlichungen wird deutlich, dass transnationale zivilgesellschaftliche Strukturen offener und flüchtiger geworden sind und die beteiligten Akteure eine deutlich größere Diversität aufweisen. Häufig kommen wesentliche Impulse und neue Sichtweisen nicht aus den etablierten Organisationen, sondern aus jüngeren zivilgesellschaftlichen Netzwerken.

Die Beiträge zeigen aber auch, dass die Rolle von INGOs in Bezug auf die internationale Klimapolitik – wie auch mit Blick auf andere internationale politische Prozesse – von großer Relevanz bleibt. Denn viele der jüngeren Netzwerke haben nicht die finanziellen Mittel, die fachliche Expertise und das Insiderwissen, um internationale politische Prozesse dauerhaft mitzugestalten.

Insgesamt weisen die Veröffentlichungen der vergangenen Jahre einen deutlich differenzierteren und kritischeren Blick auf INGOs auf und verdeutlichen auch bestehende Spannungen zwischen etablierten Organisationen und protestorientierteren Bewegungsakteuren. Die Literatur zeigt dabei auch, dass viele INGOs die neuen Netzwerke begrüßen und unterstützen. Ein wichtiger Impuls hierfür waren sicherlich die gescheiterten Klimaverhandlungen in Kopenhagen 2009, die viele INGOs zu der Einschätzung gebracht haben, dass breitere soziale Bewegungen notwendig sind, um die drängenden globalen Herausforderungen zu bewältigen. ←

## Literatur:

- Brunnengraber, A., (Hrsg.), 2011:** Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Doyle, T., und Doherty, B., 2014:** Environmentalism, Resistance and Solidarity. The Politics of Friends of the Earth international. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Garrelts, H., und Dietz, M., (Hrsg.), 2013:** Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS.
- Huisman, W., 2012:** Schwarzbuch WWF. Dunkle Geschäfte im Zeichen des Panda. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Reitan, R., 2011:** Coordinated Power in Contemporary Leftist Activism. In: Olesen, T., (Hrsg.): Power and Transnational Activism. S. 51–71.

## Romina Ranke



ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover.  
[r.ranke@ipw.uni-hannover.de](mailto:r.ranke@ipw.uni-hannover.de)

# Was Aufsteiger schnell wachsen ließ

**Betriebswirtschaftler loben die Managementmethoden multinationaler Unternehmen aus Schwellenländern. Andere Autoren betonen dagegen politische Faktoren und sprechen von „Staatskapitalismus 3.0“.**

Von Hans Dembowski

➔ Mauro Guillén und Esteban García-Canal (2013) beobachten eigenen Angaben zufolge seit zwei Jahrzehnten die wachsende internationale Geschäftstätigkeit großer Unternehmen aus benachteiligten Weltgegenden. Ihr Buch enthält viele interessante Geschichten aus Lateinamerika, Nordafrika und Asien. Es beschäftigt sich unter anderem mit dem mexikanischen Brotgiganten Bimbo, dem brasilianischen Flugzeughersteller Embraer, dem ägyptischen Telekom-Dienstleister Orascom, den indischen IKT-Riesen Wipro, Infosys und Tata Communications, dem chinesischen Haushaltsgerätehersteller Haier und dem taiwanischen Computerbauer Acer. Echte Fallstudien müssten aber besser belegt werden und dürfen sich nicht nur auf Anekdoten beschränken.

Guillén und García-Canal leiten aus ihren Schilderungen plakative Lehren wie „Nischen nutzen“, „auf Chaos einlassen“ oder „mit Begeisterung wachsen“ ab. Das ist aber vermutlich zu allgemein, um systematisch anwendbar zu sein. Die Firmengeschichten sind dennoch interessant. Sie zeigen, dass die Aufsteiger meist schon aus ihren Heimatmärkten, die weniger organisiert und berechenbar sind als G7-Volkswirtschaften, großes Improvisationsgeschick mitbringen. Schnell und pragmatisch ergreifen sie Chancen, die Wettbewerber aus der reichen Welt nicht erkennen. Es hilft, dass sie langfristig denken und meist nicht im Vierteljahrestakt ihre Geschäftszahlen für Börsianer optimieren.

Leider neigen Guillén und García-Canal zu überzogenen Sprüchen. Sie starten ihr Buch beispielsweise mit der These, künftige Historiker würden, wenn sie das wichtigste Wirtschaftsereignis der vergan-

genen beiden Jahrzehnte benennen wollen, weder das Platzen der Internetblase wählen noch die globale Finanzkrise, noch den Trend zum Staatskapitalismus in China, noch das Fast-Auseinanderbrechen der Eurozone. Wirklich wichtig ist nämlich aus Sicht des Autorenpaars „das spektakuläre Wachstum global agierender Unternehmen in den Entwicklungsländern“. Sie übersehen, dass die fünf Phänomene miteinander verbunden sind und dass Liberalisierung auch eine Rolle gespielt hat. Künftige Historiker werden sicherlich erklären müssen, wie eins zum anderen geführt oder zumindest beigetragen hat. Welches für sich genommen am wichtigsten war, wird nachrangig sein. Vermutlich wird das Buch von Guillén und García bis dahin vergessen sein.

John A. Mathews (2002) hat ein ganzes Jahrzehnt früher einen deutlich stärkeren Vorreiter geschrieben. Drei der fünf Unternehmen, die er als neuartige Akteure in der Weltwirtschaft vorstellte – Acer, der mexikanische Zementhersteller Cemex (siehe Virginia Mercado in E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 26 ff.) und der Stahlkonzern Ispat, der einem Inder gehört und mittlerweile Arcelor Mittal heißt –, sind seither noch größer und einflussreicher geworden. Mathews untersucht die Anfangsjahre dieser Konzerne gründlich. Es sei ihnen gelungen, in den Nischen hart umkämpfter Märkte Fuß zu fassen und mit intelligentem Management flexibel auf neue Entwicklungen und veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren.

Laut Mathews integrierten sich die Aufsteiger zuerst in bestehende Lieferketten und expandierten dann mit neuen Partnerschaften. Acer stellte zunächst nur Bauteile für andere Computermarken

her. Die eigene Marke wurde später eingeführt – und zunächst nur in Taiwan. Als der Name dort fest etabliert war, wurde er auch in anderen Ländern verwendet, wobei sich Partner als hilfreich erwiesen. Um in Indien Fuß zu fassen, verbündete sich Acer beispielsweise mit Wipro. Ein Jahrzehnt vor Guillén und García stellte Mathews fest, dass die neuen Multis Chancen nutzten, die etablierte Konzerne gar nicht bemerkten. Zudem hätten sie klug Verlust machende Betriebe im Ausland übernommen und mit Methoden aus anderen Weltgegenden wieder in die Gewinnzone geführt.

Mathews lobt das Organisationstalent der aufstrebenden Riesen. Sie hätten nicht alles von der Konzernzentrale aus gesteuert, sondern ihren Vertretern in den jeweiligen Ländern Entscheidungsverantwortung übertragen. Die internen Hierarchien seien effektiv, aber nicht streng formalisiert gewesen. Die grenzüberschreitende Koordination habe schnell und flexibel funktioniert, wobei das Internet innovativ genutzt und die jeweiligen Standortvorteile verschiedener Länder geschickt miteinander verbunden wurden.

## Politische Interventionen

Kluges Management ist sicherlich wichtig, aber nicht alles. Eine Aufsatzsammlung, die Andreas Nölke (2014) herausgab, untersucht politische und institutionelle Zusammenhänge. Die Autoren zeigen, dass die Heimatmärkte für aufstrebende Multis aus Schwellenländern weiterhin sehr wichtig bleiben.

Dieses Buch zeigt tatsächlich und überzeugend historische Perspektiven auf. Nölke verwendet den Begriff „Staatskapitalismus 3.0“, den er von den früheren Versionen 1.0 (Protektionismus) und 2.0 (staatliche Koordination) unterscheidet. Ihm zufolge bilden die Schwellenländer heute die dritte Generation von Volkswirtschaften, die zu den etablierten Ökonomien aufschließt. Die Strategien

Arbeiter beim  
brasilianischen  
Flugzeugbauer Embraer.



picture alliance/dpa/Fotografia

der früheren Generationen greifen dabei nicht mehr, weil die Welt sich verändert hat – beispielsweise wegen diverser Handelsverträge auf globaler und regionaler Ebene. Es ist nicht mehr möglich, die heimische Industrie mit Zöllen und Quoten zu schützen, und die Art staatlich geplante internationale Expansion, wie sie beispielsweise Japan nach dem Zweiten Weltkrieg praktiziert hat, ist auch keine Option mehr. Das heißt aber nicht, dass Regierungen heute keine Mittel mehr hätten, um Unternehmensinteressen zu unterstützen. Da multinationale Unternehmen ihrerseits Einfluss und Macht nationaler Regierungen stärken, gibt es auch Motive, das zu tun.

Nölke nennt viele Fördermöglichkeiten im nationalstaatlichen Rahmen. Dazu gehören Subventionen, Staatsbeteiligungen, staatliche Eigentümerschaft, Sicherstellung niedriger Lohnkosten, den selektiven Schutz geistigen Eigentums, branchenspezifische Gesetzgebung und die Erleichterung von Auslandsinvestitionen, etwa durch vergünstigte Darlehen. Auf internationaler Ebene handeln Regierungen Handelsverträge aus und vertreten Firmeninteressen in bi- wie multilateralen Kontexten. Sie können heimischen Unternehmen auch helfen, indem sie globale Normen nicht stringent implementieren. Zudem haben, wie Nölke ausführt, China und andere Länder mit Geschick ausländische Direktinvestitionen angelockt und so die Industrieentwicklung auf der Basis moderner Technik vorangebracht.

Aus Nölkes Sicht ist es nicht in jedem Fall sinnvoll, zwischen privaten und staats-eigenen Unternehmen zu unterscheiden. Informelle Kontakte zwischen Managern und hochrangigen Beamten seien wichtig. Außerdem seien manche Unternehmen formal privat, gehörten aber staatlichen Investoren oder würden von staatlichen Anteilseignern dominiert (siehe Interview mit Doris Fischer in E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 22 ff.). Nölke führt diese Dinge in einem separaten Kapitel am Beispiel Chinas aus.

Transparency International (2013) hat untersucht, wie gut Multis aus Schwellenländern Anleger und Öffentlichkeit informieren. Die Methodik entsprach dabei einer Studie über Multis aus Industrieländern aus dem Jahr davor. Die Autoren prüften, wie Unternehmen über Anti-Korruptions-Programme berichteten, wie sie ihre eigene Organisationsstruktur darstellten und in welchem Maß sie ihre Geschäftszahlen nach Ländern aufschlüsselten.

Insgesamt schnitten die Multis aus Schwellenländern schlechter als die aus den Industrieländern ab. Im Schnitt kamen sie in Bezug auf Anti-Korruptions-Informationen auf 46 Prozent (wobei 100 Prozent perfekte Berichterstattung bedeutet hätten). Die etablierten Wettbewerber aus den reichen Ländern kamen auf 68 Prozent. Was transparente Hierarchien angeht, kamen die Aufsteiger auf 54 Prozent und die Platzhirsche auf 72 Prozent.

Mit Blick auf länderspezifische Geschäftszahlen lagen aber die Multis aus Schwellenländern mit neun Prozent vorn, während Industrieländer es nur auf vier Prozent brachten. Die Transparency-Autoren erklären das damit, dass indisches Recht Unternehmen zu präzisen Angaben zwingt. Die indischen Multis kamen denn auch im Schnitt auf 29 Prozent.

Transparency rät allen Konzernen, freiwillig hohe Berichterstattungsstandards zu erfüllen. Die höchsten Werte erreichten übrigens Unternehmen der Tata-Gruppe, was sowohl auf Gesetzgebung und eigenem Engagement beruht (siehe Aditi Roy Ghatak in E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 19 ff.). Die Autoren halten darüber hinaus fest, dass staatliche Auflagen und zivilgesellschaftlicher Druck zu mehr Transparenz im Geschäftsleben führten. ←

Tribüne

#### Quellen:

- Guillén, M., and García-Canal, E., 2013: Emerging markets rule – Growth strategies of the new global giants. New York: McGraw Hill
- Mathews, J. A., 2002: Dragon multinational – A new model for global growth. Oxford: University Press
- Nölke, A., 2014: Multinational corporations from emerging markets – State capitalism 3.0. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan
- Transparency International, 2013: Transparency in corporate reporting – Assessing emerging market multinationals, Berlin: TI, [http://www.transparency.org/whatwedo/publication/transparency\\_in\\_corporate\\_reporting\\_assessing\\_emerging\\_market\\_multinational](http://www.transparency.org/whatwedo/publication/transparency_in_corporate_reporting_assessing_emerging_market_multinational)

# Migranten mehr beteiligen

Das Globale Forum für Migration und Entwicklung (GFMD), das im Oktober in Istanbul tagte, ist nur sehr bedingt dazu geeignet, auf die globalen Herausforderungen von Arbeitsmigration, Flucht und Vertreibung zu reagieren. Es gibt derzeit aber kein besseres Format.

Von Stefan Rother

➔ Die Ergebnisse des GFMD sind nicht bindend. Teilnehmer sind Regierungen und zivilgesellschaftliche Akteure. Das Forum dient dem Erfahrungsaustausch und der Anbahnung von Initiativen. Acht Jahre nach seiner Etablierung werden beim GFMD aber immerhin die richtigen Fragen gestellt und auch unbequeme Themen behandelt. Fraglich ist nur, wie viel davon die Teilnehmer anschließend in die Politik ihrer Nationalstaaten einbringen.

Zu den konkreteren Projekten, die im Rahmen des GFMDs entstanden sind, zählt die von den USA und den Philippinen gestartete „Migrants in Countries in Crisis (MICIC)“-Initiative. Bis Juni 2016 sollen Prinzipien und Praktiken festgelegt werden, mit denen Migranten in Krisengebieten geholfen werden kann. Für Ignacio Packer, Generalsekretär des Kinderhilfswerks Terre des Hommes, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber durch seinen Fokus auf Krisenstaaten zu kurz. Vielmehr sollte die Initiative unabhängig vom Aufenthaltsort alle Migranten in Krisensituationen einschließen.

## Debatte

Auch weisen Organisationen wie das Migrant Forum in Asia (MFA) darauf hin, dass Migranten in Krisensituationen nicht zwangsläufig schutzlose Opfer sind, sondern sich aktiv in die Hilfe einbringen können. Starke Migrantennetzwerke könnten Hilfe vor Ort und Unterstützung durch Diaspora-Organisationen veranlassen.

Auch Flüchtlingen können zu Akteuren werden. So berichtet Fuat Oktay, Direktor der türkischen Katastrophenschutzbehörde, dass Bewohner von Flüchtlingslagern in seinem Land eigene Sprecher bestimmen und Organisationen gründen können.

Während die türkischen Flüchtlingslager in mehrerer Hinsicht als vorbildlich gelten, ist beim Umgang der Regierung mit der eigenen Zivilgesellschaft das Gegenteil der Fall. Im Bereich Migration und Flucht sind die dortigen NGOs zudem nur schwach vernetzt, was sich unter anderem darin zeigte, dass in Istanbul statt einer



Flüchtlingslager im türkischen Nizip.

umfangreichen Parallelveranstaltung nur ein eintägiges Strategietreffen stattfand.

Packer bedauert, dass der Raum für zivilgesellschaftliche Partizipation weltweit schrumpft. Allein in den vergangenen zwei Jahren hätten mehr als 60 Länder Gesetze erlassen oder entworfen, die die Arbeit von NGOs einschränken, die sich für Migranten einsetzen. Und auch beim Start der MICIC-Initiative wurde die Beteiligung von Migrantenorganisationen schlicht „vergessen“ – erst durch eine Parallelveranstaltung stellten zivilgesellschaftliche Akteure deren Teilnahme bei künftigen Treffen sicher.

Partizipation ist auch beim zweiten zentralen Thema des GFMD-Treffens in Istanbul, Migration und Entwicklung, ein Knackpunkt. Zwar hat das Engagement

von Migrantenorganisationen dazu beigetragen, dass in den Sustainable Development Goals (SDGs) der UN Migration berücksichtigt wird. Nun steht allerdings die Umsetzung der Ziele auf nationalstaatlicher Ebene an, und es ist keineswegs garantiert, dass Migranten an dem Prozess beteiligt werden.

Unbestritten ist, dass die Herausforderungen der Migration vordringlich von der Staatengemeinschaft adressiert werden müssen. Es ist aber offensichtlich, dass sie diesen Ansprüchen nicht gerecht wird. Migrantenorganisationen können hier Partner sein, etwa, indem sie Empfehlungen für Standards bei der Rekrutierung

ausländischer Arbeitskräfte mit ausarbeiten.

Wenn aus den guten Fragen, die beim GFMD gestellt werden, Antworten in Form von praktischer Politik werden sollen, muss der Dialog zwischen den Regierungen und mit der Zivilgesellschaft als ganzjähriger Prozess etabliert werden. Nächstes Jahr trifft sich das Forum in Bangladesch und 2017 in Deutschland. Berlin sollte die zweijährige Vorbereitungszeit nutzen, um das Format des Prozesses den Herausforderungen anzupassen. ←

Stefan Rother



ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Universität Freiburg.

stefan.rother@politik.uni-freiburg.de

# Nationale Größe

Die Vorstellungen darüber, was eine Nation groß macht, gehen auseinander. Manche Politiker meinen, es gehe um Einfluss jenseits der eigenen Grenzen, und einige halten militärische Macht für entscheidend. Andere nehmen das Wohlergehen der Bevölkerung als Maßstab.

Von Hans Dembowski

➔ In den USA haben Spitzenpolitiker der Demokraten nun bekundet, sie fänden Dänemarks Sozialstaat mit Gesundheitsversorgung, Schulen und sogar Universitäten für alle großartig. In ähnlichem Sinne bezeichnet Präsident Barack Obama von Anfang an „nation building at home“ als seine Priorität. Das spielt nicht nur auf seine Krankenversicherungsreform an, sondern auch auf das Irak-Desaster seines Vorgängers George W. Bush. Obwohl Obamacare Millionen Menschen Versicherungsschutz verschafft hat, ohne Jobs oder Unternehmen zu vernichten, bezeichnen die Republikaner diese Reform als Fehlschlag. Über Bushs Beiträge zu den Problemen im Nahen Osten schweigen sie indessen lieber. Anders als die Demokraten halten die Republikaner auch nicht viel vom hohen Anteil erneuerbarer Energien im dänischen Energiemix oder vom vorbildlichen öffentlichen Nahverkehr.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hält sich mit großen Visionen zurück. Sie lässt aber durchblicken, dass aus ihrer Sicht Wettbewerbsfähigkeit entscheidend ist. Ein gut organisierter Sozialstaat beruht demnach auf unternehmerischem Erfolg und ist nur finanzierbar, wenn heimische Firmen die ausländische Konkurrenz schlagen. Entsprechend wurde in der Eurokrise die soziale Sicherung in Südeuropa drastisch reduziert. Der Haken dabei ist, dass starke soziale Infrastruktur nicht nur Geld kostet, sondern, wie Markus Loewe in unserer vorherigen Printausgabe (E+Z/D+C 2015/9-10, S. 31 ff.) erläutert hat, auch eine Grundlage von Wohlstand ist. Das gilt nicht nur für Dänemark, sondern ebenso für Deutschland.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat ganz andere Ideen. Er will Weltmachtstatus und hat dafür aufgerüstet. Von den Streitkräften und vielleicht auch

Öl- und Gasexporten abgesehen, beeindruckt an Russland wenig. Das chinesische Regime hat dagegen erst die Wirtschaft aufgebaut und Hunderte Millionen Menschen aus der Armut befreit, bevor es mit Säbelrasseln begann. Indien ist noch sehr viel ärmer, aber die Hindu-chauvinistischen Kräfte, auf die sich Premierminister Narendra Modi stützt, beanspruchen



Kopenhagens neue U-Bahn kommt ohne Fahrer aus.

jetzt schon eine globale Führungsrolle. Sie würden überzeugender wirken, hätten sie mehr erreicht, um Armut zu reduzieren.

Die meisten afrikanischen Staatenlenker wissen, dass ihre Länder zu klein und zu arm sind, um eine weltweite Führungsrolle einzunehmen. Leider zeigen zu viele von ihnen kaum Interesse an der Entwicklung ihrer Länder. Sie halten diejenigen Machthaber für groß, die – mit welchen Mitteln auch immer – ihre Privilegien sichern und ihre Launen ausleben.

Die Menschheit kann sich solches Machogehabe nicht leisten. Wir stehen vor

riesigen Aufgaben, die nationale Regierungen allein nicht stemmen können. Der Klimawandel ist vermutlich das wichtigste Beispiel. Aber für andere Dinge – von der Seuchenabwehr bis hin zum Welthandel – gilt das auch. „Nation building at home“ kann in diesem Kontext sinnvoll sein, sofern es nicht auf Kosten anderer und zu Lasten der globalen Gemeingüter geht. Militärischer Ehrgeiz ist aber destruktiv. Nötig ist globale Zusammenarbeit statt Konfrontation.

Entwicklungspolitisch ist nationale Größe gut zu erkennen. Die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDGs) ist die Messlatte. Die Bezeichnung „groß“ verdienen Politiker und Nationen,

die helfen, die SDGs zu erreichen. Nur darauf kommt es an.

PS: Wie Hillary Clinton „liebe“ ich Dänemark, und wie Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen ist mir klar, dass es sich um eine Marktwirtschaft und keinen sozialistischen Staat handelt. An Willkommenskultur mangelt es Dänemark aber leider. ←

Hans Dembowski



ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@fs-medien.de

# Demokratischer Rechtsruck

Die Argentinier haben für den Wechsel gestimmt. Die Erwartungen an den neuen Präsidenten sind hoch – vermutlich zu hoch.

Von Sheila Mysorekar

➔ Die argentinische Tageszeitung „Página/12“ publizierte dieser Tage eine Karikatur, die einiges über die Politik Argentiniens aussagt. Ein Mitarbeiter fragt den neugewählten Präsidenten Mauricio Macri: „Wem sollen wir denn jetzt die Schuld an allem geben?“ Macri antwortet: „Natürlich Cristina, wie immer!“ Der andere wendet ein: „Aber sie ist doch weg...“, worauf Macri sagt: „Hast du noch nie was von Rückwirkung gehört?“

In den vergangenen zwölf Jahren war die Opposition gewohnt, jegliche Schwierigkeiten den Kirchners anzulasten – erst Néstor Kirchner, dann dessen Ehefrau Cristina Fernández de Kirchner, die seine Nachfolgerin im Präsidentenamt war. Die Kirchners verordneten dem Land einen Schwenk nach links. Sie gehörten zwar zu derselben peronistischen Partei, die in den 90er Jahren wirtschaftsliberale Politik durchsetzte, waren aber Vertreter des linken Flügels. Eine markante Entscheidung mit hohem Symbolwert war beispielsweise die Teilverstaatlichung der Ölfirma YPF, die in den 1990er Jahren privatisiert worden war. Dies war ein rotes Tuch für die argentinische Oligarchie, zu der die Macri-Familie gehört.

Der neue Präsident war lange hauptsächlich als „Sohn von“ Franco Macri, einem schwerreichen Industriellen, bekannt. Er erwarb einen Großteil seines Vermögens mit öffentlichen Aufträgen – und zwar während der Militärdiktatur. Dass Sohn Mauricio sich zunächst als Präsident des Fußballclubs Boca Juniors profilierte, war geradezu rebellisch, denn Boca gilt als Club der Unterschicht.

Vom Fußball führte Mauricios Weg in die Politik. Seine Partei, Propuesta Republicana (PRO), ist eine Ansammlung konservativer Politiker und unabhängiger Unternehmer, die sich von den traditionellen Parteien nicht repräsentiert fühlen. Als ihr Kandidat wurde Macri zweimal

Bürgermeister von Buenos Aires – und nun Präsident.

Die lateinamerikanische Linke erkennt in seiner Wahl einen internationalen Trend zur rechtskonservativen Restauration. Gut ein Jahrzehnt lang waren vor



Macri mit Reportern im Wahlkampf.

allem sozialistische und sozialdemokratische Regierungen gewählt worden. In Paraguay wurde aber bereits vor drei Jahren der linke Präsident Fernando Lugo vom Militär gestürzt. Inzwischen ringt Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff mit einem Amtsenthebungsverfahren, und bei den Parlamentswahlen in Venezuela unterlag jüngst die linke Regierungspartei.

Macri stellt klar, dass er – im Gegensatz zur Vorgängerin – linke Regierungen in Ecuador, Bolivien und Kuba nicht unterstützt. Er will zudem Venezuela aus dem Wirtschaftsbandnis Mercosur aus-

schließen. Das kann Argentinien nicht allein entscheiden, aber die Signalwirkung solcher Aussagen ist wichtig. Die stabilen politischen Bündnisse des vergangenen Jahrzehnts wanken.

Positiv ist, dass erstmals in der Geschichte Argentiniens rechte Kräfte durch Wahlen an die Macht kommen. Früher war das stets durch Putsch geschehen. Kommentatoren des gesamten politischen Spektrums werten diese Tatsache als ein Zeichen gestärkter Demokratie.

Macri gibt sich als strikter Verfechter des freien Marktes. Deshalb fürchten viele Menschen nun die Rückkehr zur marktradikalen Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre, die in eine katastrophale Finanzkrise mündete. Die Kirchners bekämpften die daraus resultierende, weitreichende Armut mit diversen Sozialprogrammen. Das sicherte ihnen eine solide Wählerbasis unter den sozial Schwachen.

Wichtig war etwa Cristina Kirchners Einführung eines Kindergelds für arbeitslose oder im informellen Sektor beschäftigte Eltern, die nur nachweisen mussten, dass ihre Kinder geimpft waren und zur Schule gingen. In den vergangenen Jahren geriet aber in Vergessenheit, dass Néstor Kirchner nach der Krise die Wirtschaft stabilisiert hatte und die linksperonistische Sozialpolitik die Armut reduzieren konnte. Korruptionsvorwürfe wurden laut. Die hohe Inflation beherrschte den öffentlichen Diskurs. Die Presse klagte zudem zu Recht über die Einflussnahme der Regierungspartei auf die Medien.

Nun erwarten die Argentinier viel vom neuen Präsidenten – zu viel: Er soll die Wirtschaftslage verbessern, Investoren ins Land holen und zugleich soziale Errungenschaften bewahren. Die Argentinier haben zwar für den Wechsel gestimmt, aber darüber, wohin die Reise gehen soll, besteht keine Einigkeit. ←

Sheila Mysorekar



ist Redakteurin von E+Z/D+C.

euz.editor@fs-medien.de

# Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

Das Klima-Abkommen von Paris ist ehrgeizig, wegweisend – und vertrackt. Die Staatengemeinschaft hat zwar beschlossen, die Erhöhung der Durchschnittstemperaturen weltweit auf „deutlich unter zwei Grad“ und möglichst sogar auf 1,5 Grad zu begrenzen. Aber der vereinbarte Maßnahmenkatalog reicht noch nicht einmal, um das alte, weniger ehrgeizige Zwei-Grad-Limit einzuhalten.

Von Hans Dembowski

➔ Fast alle Regierungen der Welt haben Pläne zur Reduktion von Treibhausgasen vorgelegt. Wenn alles implementiert wird, läuft das auf ein Plus von etwa 2,7 Grad hinaus. Dass alles implementiert wird, ist aber keineswegs sicher. Die Pläne heißen INDCs („intending nationally determined contributions“ – beabsichtigte, national festgelegte Beiträge) und sind rechtlich nicht bindend. Das Pariser Abkommen verpflichtet Staaten nur dazu, INDCs vorzulegen, und zur transparenten Berichterstattung über deren Umsetzung.

Das Abkommen stoppt also den Klimawandel nicht. Es kann aber dazu beitragen. Im Kern ist es ein verbindliches Abkommen, weiter über unverbindliche Pläne zu verhandeln. Dabei wird davon

ausgegangen, dass alle Staaten ihre Ambitionen hochschrauben und dass öffentlicher Druck dazu führt, dass sie Vorhaben dann auch verwirklichen.

Wenn die bisherigen Trends anhalten, sind die Folgen des Klimawandels unbeherrschbar. Paris hat einen Rahmen geschaffen, der konsequenteres, aber freiwilliges Handeln auslösen soll. Für den Erfolg gibt es keine Garantie. Es kann aber gelingen. Dafür gilt es nun zu sorgen.

Am wichtigsten ist die Beschleunigung der industriellen Revolution hin zu erneuerbaren Energien, die sich bereits abzeichnet. Die nötige Technik ist vorhanden, muss aber weiter verbessert werden. Gewaltige Investitionen sind nötig. Die

Privatwirtschaft wird ihren Teil leisten müssen – ebenso wie die Politik. Regierungen und multilaterale Institutionen müssen Unternehmen davon überzeugen, dass sich Investitionen in den Wandel lohnen. Investorenzuversicht hängt dabei nicht von staatlicher Haushaltsdisziplin ab, sondern von dem politischen Willen zur Dekarbonisierung. Der muss sich auch in öffentlichen Ausgaben manifestieren – besonders in reichen Nationen.

Es ist gut, dass die gesamte Staatengemeinschaft nun Verantwortung für das Klima akzeptiert. Die Industrieländer dürfen aber nicht vergessen, dass ihre Glaubwürdigkeit von ihrem eigenen Verhalten abhängt. Indische Fachleute nervt es, wenn Gesprächspartner aus Nordamerika oder Europa ständig fordern, ihr Land solle Emissionen reduzieren, denn sie wissen, dass die USA pro Kopf rund zehn Mal mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen als Indien – und dass das deutsche Niveau um den Faktor fünf über dem indischen liegt. Wenn die etablierten Wirtschaftsmächte Länder wie Indien an Bord halten wollen, müssen ihre Leistungen überzeugen. Dass Indiens und Chinas Megastädte unter Smog leiden, der auf dieselben Energiequellen zurückzuführen ist wie CO<sub>2</sub>-Emissionen, wird aber auch helfen. Ihn zu reduzieren, ist ein großer Anreiz.

Derweil zeichnen sich die Auswirkungen des Klimawandels weltweit immer deutlicher ab. Das Thema gewinnt weiter an Bedeutung. Die Entwicklungspolitik und ihre Durchführungsinstitutionen werden ihre bisher schon beachtlichen Klimaprogramme nach Paris weiter aufstocken. Es besteht ein gewisses Risiko, dass dabei andere Anliegen an den Rand gedrängt werden. Es sind aber Gebermittel für die gesamte Agenda 2030 der Sustainable Development Goals nötig. ←

Debatte

Hans Dembowski



ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@fs-medien.de



Demonstration für Klimaschutz in Paris während des UN-Gipfels.



Werden Sie  
unser Fan auf  
**Facebook!**



www.facebook.com/development.and.cooperation

